Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926] Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 187. Sonnabend, den 12 August 1905. 12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Warum treiben wir Kommunalpolitik!

Seit dem Jahre 1851 wurde in England eine Reihe von Gesetzen erlassen, die den Städten eine Fürsorge für das Wohnungswesen der minderbemittelten Klassen im großen Maßstabe ermöglichte. In keinem andern Lande reichen die den Behörden eingeräumten Vollmachten an die der englischen Gesetzgebung heran, so schreibt die „Kommunale Praxis“. Die schauerlichen Zustände, die sich unter dem „freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte“ in den englischen Mietshäusern herangebildet hatten, schrien nach Abhilfe. Selbst die nüchterne Sprache der Polizeiberichte, die über den Zustand solcher Häuser in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts Auskunft geben, versagt, wenn sie im einzelnen die Beschaffenheit dieser Häuser beschreiben sollen. „Die Szenen — heißt es in einem Berichte —, die bei einem Rundgang durch die Höhlen des Elends und Verbrechens mit angesehen wurden, müssen gesehen werden, damit man sie glauben kann. Die Beschreibung muß denjenigen Personen, die niemals diese Höhlen des Elends besucht haben, übertrieben erscheinen.“ Als erst einmal die öffentliche Aufmerksamkeit nachdrücklich auf diese Dinge hingelenkt worden war, ging das Parlament eifrigst an die Arbeit. Die Zahl der Wohnungsgesetze ist seit dem ersten von 1851 ungeheuer angeschwollen. Es wird, wie Sinzheimer mitteilt, berechnet, daß sich im Jahre 1884 die Zahl der Wohnungsgesetze auf mehr als 40 belief. Erst in den Jahren 1890 und 1891 hat man die Einzelgesetze gesammelt und organisch zusammengefaßt.

Die Grundzüge dieser englischen Gesetzgebung faßt Isaloff kurz zusammen: Die Gesetze stellten den Stadtgemeinden frei, Arbeiterwohnungen zu errichten, setzten gewisse Vorschriften über die Benutzung von Kellerwohnungen fest und bereicherten die Bauordnung um einige zweckmäßige Bestimmungen über die Breite der Straßen und die Höhe der Gebäude. Ferner gab das Gesetz den Gemeindebehörden die Vollmacht, gewisse bindende Vorschriften für Privatwohnungen zu erlassen und die Maximalzahlen der Bewohner eines Zimmers festzusetzen. Später wurde den Städten die Befugnis erteilt, mit unbewohnbar gewordenen Gebäuden summarisch zu verfahren: soweit sie nicht mehr so weit reparaturfähig sind, daß sie für Wohnzwecke nutzbar gemacht werden können, dürfen sie ohne weiteres abgetragen werden. Ein anderes Gesetz gab den Städten sogar das Recht, die Gebäude ganzer Straßen niederzulegen, ganze Häuserreihen zu beseitigen, wenn sie gesundheitsgefährlich erscheinen. Ein ausgedehntes Expropriationsrecht wurde den Gemeinden für solche Gebäude gewährt. Die Bodenparzellen, die mittels Expropriation von der Stadt erworben wurden, durften an Privatpersonen nur unter der Bedingung veräußert werden, daß die Käufer oder Pächter sich verpflichten, auf den freigewordenen Plätzen Wohnhäuser zu errichten, die der Bauordnung und den Gesundheitsvorschriften vollkommen entsprechen.

Man hätte meinen sollen, daß eine solcherart mit Vollmachten ausgerüstete Gemeinde geradezu spielend mit der Wohnungsnot und dem Wohnungsjammer hätte aufräumen können. Was sehen wir aber? Die Stadtbehörden benutzten die ihnen in die Hände gelegten Vollmachten und Rechte entweder gar nicht oder nur sehr unzulänglich. Heute, nach fünfzig Jahren wohlwollender und weitsehender Gesetzgebung, finden wir in England an manchen Orten, und nicht zum wenigsten in der Hauptstadt London, namenloses Wohnungselend. Wodran liegt das? An der Ausschließung der überwiegenden Mehrheit der Londoner Bevölkerung von den städtischen Angelegenheiten. Ein hoher Vermögenszensus, von dem die Wahl in irgend eine städtische Verwaltungsstelle abhing, verhinderte bis in die neueste Zeit hinein ein Eindringen der von der Wohnungsnot am eigenen Leibe Getroffenen in die Kreise der Besitzenden und deshalb Herrschenden. Dieser Zustand führte zu einer widerlichen Korruption. Die Selbstverwaltungskörperschaften betrieben die Geschäfte der Wohlhabenden, deren Interessen sie allein kannten; die Beamten, besonders die der städtischen Bauverwaltung, waren notorisch für Bestechungsgelder empfänglich. Direkte Geschenke der Gemeinde, die aus allgemeinen Mitteln aufgebracht werden mußten, aber nur ganz winzigen Gruppen der Bevölkerung zugute kamen, waren an der Tagesordnung. Derweilen mochten die Enterbten verderben und sterben in ihren jammervollen Höhlen — um sie sich zu kümmern, hatte die Gemeinde, wie es schien, keinen Anlaß und kein Organ.

Indessen — was hier von London berichtet wurde, finden wir, in höherem oder geringerem Grade, in allen Gemeinden auch in Deutschland. Welchen Zweig gemeindlicher Verwaltung wir auch immer näher in Betracht ziehen mögen, überall stoßen wir auf große Mängel und häufig sogar auf empörende Nachlässigkeit und Gewissenlosigkeit. Freilich gibt es in dem Dienste der Gemeinden Männer, die als gewählte Vertreter oder als Beamte, mit untadeliger persönlicher Ehrenhaftigkeit zugleich eine ebenso große Liebe wie Befähigung zu ihrem Amte verbinden. Niemand kann und wird das leugnen. Daß aber auch sie so vielen groben Schäden nicht abhelfen können, liegt am System. Der Sachverhalt ist durchaus erklärlich: „die Vertreter der besitzenden Klassen lassen im Gebiete der privatwirtschaftlichen Angelegenheiten in der Regel jede Rücksicht auf die Bedürfnisse der Nichtbesitzenden beiseite. Es liegt ihnen nichts daran, daß die Gesetze, die zum Schutze der wichtigsten Interessen des Proletariats dienen, zur Ausführung gelangen und man hat keinen Grund zu der Annahme, daß sie in der Gemeindeverwaltung sich einer entgegengesetzten Handlungsweise befleißigen werden.“ Lindemann sagt mit Recht: „In den Stadtverordnetenversammlungen pflegen höhere Gesichtspunkte der kommunalen Wohlfahrtspflege nur ganz vereinzelt einmal laut zu werden, und sie finden da fast niemals einen Widerhall.“

Unsere ganze Kommunalpolitik ist ein Kampf gegen Privilegienwirtschaft. Es steht für jeden Einsichtigen fest, daß die geistigen Vorrechte des Besitzes in den Gemeinden geradezu verhängnisvoll wirken. Und dabei sehen wir tagtäglich, daß sie mit lauteren oder unlauteren Mitteln noch vermehrt und verstärkt werden. Aus engherzigem Sonderinteresse, das sich nur dürftig hinter allgemeine Redensarten versteckt, tobt man gegen das Eindringen der aufgeklärten Arbeiterschaft in die Gemeindevertretungen. Aber selbst dort, wo die Sozialdemokraten nur kleine Minderheiten bilden, haben sie, wie niemand leugnen kann, wesentlich dazu beigetragen, daß die Ansichten über die Aufgaben und die Rechte der Gemeinden sich in vielen Punkten geändert haben. Kam diese Wandlung vielfach der Arbeiterschaft zugute, so doch niemals ihr allein: erst die Sozialdemokratie hat vielmehr die Solidarität der Gemeindeinteressen wieder zu betonen gewagt. Dabei treiben wir nicht aus Klassen- oder Gruppeninteresse, sondern zum Nutzen der Allgemeinheit Kommunalpolitik. War bisher oftmals die Verwaltung der Gemeinden der Tummelplatz der Vetternschaft und der empörendsten Mißbräuche, so werden unter dem belebenden Hauche unserer programmatischen Kommunalpolitik die Kräfte des Gemeinwesens planvoll in den Dienst des gemeinen Wohles gestellt. Das läßt sich für jeden Zweig der Gemeindetätigkeit nachweisen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Gegen die neue Fleischnotkonferenz, die am 11. August in Berlin tagen soll, und zu der der Landwirtschaftsminister v. Podbielski die Vorsitzenden der sämtlichen Landwirtschaftskammern berufen hat, protestiert die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ auf das Schärfste. Sie schreibt: „Glaubt man denn, daß die extremsten und einseitigsten Vertreter der agrarischen Interessen wirklich Vorschläge machen werden, die geeignet sind, die Preise für Schlachtvieh herabzusetzen? Es ist ohne weiteres klar, daß diese Konferenz sich gegen die Erleichterung der Viheinfuhr aussprechen wird. Niemals ist in drastischerer Weise die Partei zum Richter bestellt worden. Die Not ist zweifellos und groß, daß jede weitere Erörterung überflüssig ist, daß Taten gefordert werden müssen. Mit jedem Tage wird der Notstand schlimmer und wächst die Unzufriedenheit der Bevölkerung. Wie wir voraussagten, hat sich die Sozialdemokratie dieses günstigen Agitationsstoffes in erschreckender Weise bemächtigt um für sich und ihre Ideen Propaganda zu machen. Der Minister kann sich der schweren Not nicht länger verschließen.“ — Wir fürchten — und die bisherigen Erfahrungen berechtigen uns dazu — daß das Fachblatt tauben Ohren predigen wird.

Die sozialpolitischen Anschauungen des Dortmunder Oberbergamtes. Nach den Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes haben die Bergbehörden die Aufgabe, bei Unfällen Untersuchungen über die Vorgänge vorzunehmen, die den Unfall veranlaßten. Bei der großen Unfallziffer im Bergwerksbetriebe ist es erklärlich, daß die Bergrevierbeamten mit Unfalluntersuchungen sehr stark in Anspruch genommen sind. Die Tätigkeit der Bergbehörden auf diesem Gebiet wird man aber als eine sehr wichtige erachten müssen, weil sie den Beamten am ehesten Unregelmäßigkeiten im Betriebe und Mängel der Betriebseinrichtungen zur Kenntnis bringen kann. Die unparteiische Untersuchung durch eine Behörde ist auch um deswillen schon für den Verletzten von großem Wert, weil die Betriebsunternehmer sicherlich sehr oft bemüht sind, ihre Verfehlungen zu vertuschen. — Um so unverständlicher muß es erscheinen, wenn vor einiger Zeit das Oberbergamt zu Dortmund an die Knappschafts-Berufsgenossenschaft der Sektion II zu Bochum das Verlangen stellte, man möge das Oberbergamt von den vielen Unfalluntersuchungen entlasten und Einschränkungen der Untersuchungen veranlassen. Sicherlich würde das sonderbare Verlangen der Bergwerksbehörde auf ein sehr verständnisvolles Entgegenkommen seitens der Berufsgenossenschaft rechnen können, wenn nicht die Beamten der Berufsgenossenschaft dem Oberbergamt mit Recht entgegenhalten mußten, daß sie an dem bisherigen Zustande nichts ändern könnten, da die Bergbehörde zur Unfalluntersuchung gesetzlich verpflichtet ist. Durchaus zutreffend bemerkte sogar die Berufsgenossenschaft, eine mehr oder weniger generelle Abstandnahme von den Untersuchungen, wie sie das königliche Oberbergamt wünsche, erscheine unmöglich, sie würde weder dem Reichsversicherungsamt, noch der Berufsgenossenschaft und den Verletzten gegenüber zu verantworten sein. Man muß sich erstaunt fragen, ob nicht einer preußischen Behörde, insbesondere einer Behörde wie dem Oberbergamt zu Dortmund, die ihre spezielle Tätigkeit regelnden gesetzlichen Bestimmungen bekannt sein sollten, und was soll man von einer solchen Behörde halten, wenn sie erst von der Berufsgenossenschaft Aufklärung über ihre durch Gesetz ihr übertragenen Verpflichtungen bekommen muß. Noch unverständlicher und bezeichnend für den sozialpolitischen Geist, der im Oberbergamt zu Dortmund vorhanden sein muß, ist das Verlangen an und für sich. Man sollte meinen, daß einer Behörde, welche die Aufgabe zu erfüllen hat, für Sicherheit und Ordnung im Bergwerksbetriebe zu sorgen, sehr darum zu tun wäre, jeden Unfall kennen zu lernen und Erhebungen und Nachforschungen über Ursachen der Unglücksfälle anzustellen, denn die beste Kontrolle kann gerade im Anschluß an Betriebsunfälle erfolgen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß heute schon vielfach bei den Unfalluntersuchungen von den Bergrevierbeamten zu Protokoll gegeben wird, es verlohnte sich nicht, die Unfallstelle in Augenschein zu nehmen, da die Betriebsverhältnisse sich vollständig geändert haben. Berücksichtigt man die Anschauung, die in dem Verlangen des Oberbergamtes zum Ausdruck kommt, so darf man wohl annehmen, daß sehr oft die Untersuchungen auch da unterbleiben, wo sie eigentlich trotz der veränderten Betriebsverhältnisse notwendig gewesen wären. Nach dieser Probe seines sozialpolitischen Könnens kann man wohl verstehen, wenn die Bergarbeiter mehr als Mißtrauen gegen das Oberbergamt zu Dortmund zum Ausdruck bringen. Eine Behörde, die ihre Aufgaben auf sozialpolitischem Gebiete so — preußisch auffaßt, wie hier das Oberbergamt zu Dortmund, gibt am deutlichsten selbst die Erklärung, was von dieser Stelle aus bei Leitung der Untersuchungen über die Zustände in Bergwerksbetrieben nach dem großen Streik ermittelt werden konnte. Gegenüber diesen Tatsachen darf wohl mit Recht betont werden, wie dringend notwendig die Beihülfe der Arbeiter bei der Grubenkontrolle ist; denn ein treffenderes Beispiel der Unfähigkeit, seine Aufgabe auf diesem Gebiete zu erfüllen, konnte das Oberbergamt zu Dortmund nicht geben.

Es dämmert allmählich auch dem sogenannten Mittelstand, daß die Forderung des Befähigungsnachweises nicht mehr aufrecht zu erhalten ist. In den Verhandlungen des Handwerks- und Gewerbekammertages wurde nämlich auf Antrag des konservativen Abg. Malkewitz-Stettin in namentlicher und nach den Kammern vorgenommener Abstimmung mit 46 gegen 25 Stimmen beschlossen: Der Kammertag lehnt den Befähigungsnachweis für sämtliche Handwerkszweige, als unter den heutigen Verhältnissen unerreichbar, ab. Darauf wurde mit allen gegen eine Stimme dem Antrag der Gewerbekammer in Hamburg und der Handwerkskammer in Darmstadt zugestimmt, in der die Hoffnung ausgesprochen wird, es möge die von der Regierung in Aussicht gestellte Gesetzesvorlage, betreffend den Befähigungsnachweis im Baugewerbe, möglichst bald einen ausreichenden Schutz für diese Gewerbe bringen. Ferner wird ein weiterer Ausbau der Gesetzgebung dahin als dringend erforderlich erachtet, daß der Meistertitel mit größeren Vorrechten ausgestattet werde. Schließlich stimmte die Tagung dem sogenannten Hamburger Entwurf zu, indem sie die Festsetzung des Wortlautes dem Ausschuß des deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages übertrug.

Eine deutsche Söldnertruppe gegen den inneren russischen Feind. Aus Königsberg wird dem „Vorwärts“ geschrieben: In einem Königsberger Blatt sucht eine Gestüdevermieterin für einen Baron in Kurland in der Nähe von Libau Inspektoren, Jäger, Diener, Kutscher und auch ehemalige Offiziere, Unteroffiziere ꝛc. mit prima Referenzen für sehr leichte Stellung bei höchstem Gehalt. Man fragt nun, wozu braucht der Baron eigentlich Offiziere und Unteroffiziere? Des Rätsels Lösung finden wir in der agrarischen „Ostpreußischen Zeitung“, die am selben Tage folgende Zeilen im lokalen Teil brachte: „Kurländische Adelsfamilien, die vor der revolutionären Bewegung flüchten, beginnen in unserer Stadt einzutreffen. Frauen und Kinder werden die nächsten Monate auf preußischem Boden verbringen, die Männer werden, nachdem sie Wohnungen für ihre Familien in Königsberg oder der nächsten Umgebung ausgesucht, nach den Ostseeprovinzen zurückkehren, um in den Reihen ihrer Landsleute während der voraussichtlich bevorstehenden blutigen Zusammenstöße nicht zu fehlen. Die dort auf dem Lande lebenden Deutschen, deren Zahl nur wenige Tausend beträgt, sehen sich einer mehr als hundertfachen Uebermacht gegenüber und können keinen Mann entbehren. Die Bewegung hat in den letzten Wochen einen ganz anarchistischen Charakter angenommen und es sind

Drohungen im Umlauf, daß alle deutschen Gutsbesitzer niedergemetzelt, ihre Güter verwüstet und dann aufgeteilt werden sollen. Die Regierungsorgane sind machtlos und verhalten sich nahezu untätig. Die bisherigen Morde betrachtet man nur als ein Vorspiel zu noch weit unheilvolleren Ereignissen, die in der revolutionären Bewegung im ganzen russischen Reiche ihren dauernden Nährboden finden dürften." — Zweifellos sucht der Baron nur Offiziere und Unteroffiziere, damit sie sein Leben und Eigentum schützen und auf die Aufständischen schießen, also Henkersdienste verrichten sollen. Man legt Wert auf deutsche Militärs, weil man weiß, daß in Rußland die ärgsten Bluthunde deutscher Abstammung sind. Das Niederschießen von Aufständischen wird als leichte Beschäftigung angesehen und es wird dafür der höchste Lohn gezahlt. Der Herr Baron weilt ja auch in Königsberg, denn die Agentin sagt in dem Inserat, daß der Baron selber die Leute in Königsberg besichtigen wird. Ist es nicht für Deutschland schimpflich, daß unter seinen Söhnen Henker gesucht werden, die die Bewegung in Rußland ersticken sollen? Wer wahrt da die besudelte nationale Ehre!

Unternehmerhumanität. Nachdem die Profitgier der Zechenverwaltung „Borussia" eine Katastrophe herbeigeführt hat, die 40 braven Bergleuten das Leben gekostet hat, überantwortet die Leitung derselben Zeche die überlebenden Grubensklaven dem Hunger. Aus Essen kommt nämlich folgende Meldung: Die Verwaltung der Zeche „Borussia" hat sämtliche unter und über Tag Beschäftigten der Belegschaft laut Anschlag auf der Zeche entlassen. Nur eine geringe Zahl Bergleute, die im neuen Schacht Oespel beschäftigt sind, werden einstweilen beibehalten. An die Bergung der noch im Schacht befindlichen 25 Leichen ist auf lange Zeit nicht zu denken, da das Oberbergamt seine Genehmigung zu den Rettungsarbeiten verweigert.

Bäckerinnungen und Ruhetag. Schon lange haben diese Körperschaften, geleitet vom elendesten Sonderinteresse, gegen das jämmerliche bischen gesetzlichen Schutz, das die Bäckereiarbeiter genießen, fanatisch angekämpft. Jetzt nun nahm der Verbandstag deutscher Bäckerinnungen zu München zur Frage der Ruhetage eine Resolution an, in der es heißt: „Der Zentralverband deutscher Bäckerinnungen „Germania" sieht in der Einführung eines allgemeinen obligatorischen 36stündigen wöchentlichen Ruhetages für jeden Gehülfen, wie dies vom Verband der Bäcker und Berufsgenossen angestrebt wird, eine schwere Schädigung des Gewerbes. Durch eine derartige Maßnahme würde namentlich dem ohnehin schwer belasteten Kleinbetrieb die Existenzmöglichkeit geradezu abgeschnitten. Der Zentralverband erklärt sich mit den vom Vorstand hierhin übernommenen Schritten einverstanden und ermächtigt ihn, alle weiteren zweckdienlichen Maßregeln zu treffen, um eine derartige empfindliche Schädigung abzuwenden." Wenn es wahr wäre, daß es den Kleinbetrieb im Bäckereibetriebe schwer schädigt, wenn die Arbeiter einen Ruhetag in der Woche haben, dann ist im Interesse der Kultur nichts sehnlicher zu wünschen, als daß dieser Betrieb zu Grunde geht!

Die furchtbaren Qualen der Eingeborenen Südwestafrikas in dem gegenwärtigen Feldzuge schildert ein militärischer Mitarbeiter der überkolonialen „Täglichen Rundschau" wie folgt:

„Schätzt man die Zahl der Toten, Gefangenen und Vertriebenen, so kommt schwerlich mehr heraus als ein Viertel der (allerdings auch nur geschätzten) Gesamtbevölkerung im Frieden. Danach müssen noch drei Viertel des Volkes hungernd im Lande umherziehen. Das ist aber sicher nicht der Fall, und das glauben auch die Farmer nicht, deren Geduld jetzt durch die immer noch herrschende Unsicherheit auf eine harte Probe gestellt wird. Das Verschwinden eines recht bedeutenden Teiles der Hereros ist nur durch die Verluste zu erklären, die das fliehende Volk in der Omaheke erlitten hat. Sie werden in ihrer vollen Höhe nie nachgewiesen werden. Der Ansicht der Landeskenner, daß sie enorm gewesen sein müßten, stand man bisher etwas skeptisch gegenüber. Vielfach wurde geglaubt, der größte Teil der Hereros sei durch die Omaheke nach Britisch-Betschuanaland entkommen, oder allmählich durch die deutsche Absperrungslinie zurückgeschlichen. Inwieweit das der Fall ist, läßt sich mit Sicherheit natürlich auch heute noch nicht sagen. Aber über die Opfer der Flucht hat ein zwölftägiger Patrouillenritt interessante Aufschlüsse gegeben, den Oberleutnant Graf Schweinitz in die Omobeke unternahm. Dieser hatte den Auftrag, den Otjosondjou Omuramba abwärts zu erkunden, um eine etwaige Verbindung dieses Reviers mit dem Omuramba und Omotako aufzusuchen. Von der Wasserstelle 20 Kilometer nordöstlich von Otjosondjou an fand er auf der etwa 150 Kilometer langen Strecke, die dem Otjosondjou-Omuramba folgte, einen ausgetretenen Fußpfad, der offenbar den Weg bezeichnete, den große Scharen flüchtender Hereros im August oder September vorigen Jahres genommen hatten. Tausende gefallenen Viehs, namentlich Großvieh, zahlreiche Gerippe von Menschen und Pferden bleichten an der Sonne und bezeichneten mit entsetzlicher Deutlichkeit, daß der Zug des Todes diesen Weg gegangen war. Besonders in den dichteren Gebüschstellen am Wege, wo die durstenden Tiere Schutz vor den Sonnenstrahlen gesucht hatten, lagen die Kadaver zu Hunderten dicht neben- und übereinander. An vielen Stellen hatten die mit dem Durstode Ringenden mit fiebernder Hand 15 bis 20 Meter tiefe Löcher aufgewühlt, um Wasser zu graben — vergeblich! Hilflos verfielen Menschen und Tiere den entsetzlichen Qualen des Durstes. Wahrlich es ist ein furchtbares Strafgericht, das hier das schuldige Volk (?) der Hereros betroffen hat. Durch keine noch so vollständige „Einkesselung" wären die ermordeten Deutschen so furchtbar gerächt worden, wie durch diesen Todeszug durchs Sandfeld!

So hat Durst, Hunger und Hitze unter den paar Tausend Hereros gewütet, jetzt haben sie noch 15 000 deutsche Soldaten gegen sich und doch wird man mit ihnen nicht fertig. Das sagt doch eigentlich genug!

Rußland.

Die Revolution in Polen. In Warschau sollte gestern ein Freiheitskämpfer namens Krause von den Zarenschergen gehängt werden. Darüber ist es in den Judenvierteln zu großen Unruhen gekommen, von denen dem „L.-A." ein Telegramm erzählt: Bewaffnete Mitglieder der Bundespartei feuerten auf die Polizisten. Während die Juden sich im Bethause versammelten, wurden 250 Personen verhaftet. Die Polizei entdeckte einen großen Waffenladen und konfiszierte die Vorräte. Die Franziskanergasse wurde militärisch gesperrt. Für den Abend werden schlimme Ausschreitungen erwartet. — Im Restaurant Renaissance wurde der Oberkellner, ein Spitzel, von drei Unbekannten durch Revolverschüsse tödlich verwundet. Gleichzeitig wurde in der Marschalkowskastraße ein Oberschutzmann durch drei Revolverschüsse schwer verwundet. — Nach anderweitigen Meldungen ist vor dem Direktionsgebäude der Weichseleisenbahnen auch der Abteilungschef v. Meier erschossen worden. — Wie in Warschau sieht es aber auch an anderen Plätzen des Gouvernements. In den Städten Opatow, Wlodawa und Lubartow nahmen Trupps von etwa zehn Mann, die auch Bomben benutzten, an den Ueberfällen teil. In Lubartow wurde der Kassierer verwundet. Hier gelang es, einen der Täter zu verhaften. Eine Bombe wurde in das Kreisamtsgebäude geschleudert und zertrümmerte dort Hunderte von Scheiben. In Wlodawa wurde ein Kassenbeamter verwundet. Die Täter entkamen, nachdem sie eine Bombe geschleudert hatten. Die Telegraphenverbindung mit den Gouvernementsstädten war während dieser Ueberfälle unterbrochen. In allen Kreisstädten herrscht Panik. In der Kreisstadt Biala ist eine große Feuersbrunst ausgebrochen.

Ein meuterndes Regiment. Aus Petersburg ist der „Wiener Arbeiterzeitung" unterm 5. August folgendes mitgeteilt worden: Der Kommandeur der in Lublin stehenden Brigade, General Remitsch, erschien vorgestern vor der Front des jetzt mobilisierten Infanterie-Regiments Bielawski und teilte mit, daß das 14. Korps, dem das 71. Infanterie-Regiment angehört, nach der Mandschurei beordert sei. Er selbst aber könne das Korps nicht an die Front begleiten. Alsbald erschollen Rufe: „Schurke! Memme! aus den Reihen der Kompagnien. Daraufhin näherte sich der General mit vorgestrecktem Revolver der ihm zunächst stehenden Kompagnie und herrschte einen Korporal an: „Sage mir augenblicklich, wer von Deinen Leuten gerufen hat!" Der Korporal antwortete: „Von unserer Kompagnie hat niemand gerufen." „Du lügst," brüllte der General, und schoß den Korporal nieder. Damit noch nicht zufrieden, zielte General Remitsch zum zweiten Mal auf die Leiche, aber in seiner sinnlosen Wut schoß er fehl und traf den Hauptmann der Kompagnie, der auf der Stelle tot blieb. Wütend stürzten sich jetzt die Soldaten auf den General und in wenigen Augenblicken blieben von ihm nur blutige Fleischfetzen übrig. Die Obersten vom 71. und 72. Infanterie-Regiment beriefen nun Kosaken zu Hilfe, aber als diese zur Attacke auf die Infanterietruppe ritten, wurden sie mit einer Salve empfangen. 130 Kosaken blieben tot. Der Kommandeur des 71. Infanterie-Regiments hatte von seinen eigenen Leuten einen Schuß durch die Brust erhalten und mußte durch einen Offizier weggeschafft werden. Am nächsten Tage kam aus Lublin der Divisionschef General Smyrnow, der nach einer langen, eindringlichen Ansprache an die Truppen nur mit größter Mühe von den meuternden Soldaten die Auslieferung der zerfetzten Ueberbleisel des Generals Remitsch erlangte.

Schweiz.

Ausgewiesen! Der Bundesrat hat die in Zürich verhafteten Anarchisten S. Nacht, Findeisen, Wolf, Urban und Lübeck aus der Schweiz ausgewiesen. Nacht war das Haupt der Züricher Anarchistengruppe; er ist auch aus Oesterreich und aus Italien ausgewiesen. Sein Bruder, Maximilian Nacht, der ebenfalls in Zürich wohnte und geflohen ist, wird steckbrieflich verfolgt. — Böse Beispiele scheinen auch in der „freien" Schweiz gute Sitten zu verderben!

China.

Meuternde Truppen. „Daily Mail" meldet aus Schanghai: Ein Telegramm aus Kaifengfu, Provinz Honan, berichtet, daß die dort stehenden kaiserlich chinesischen Truppen meuterten, und sich dem christenfeindlichen Pöbel anschlossen. Die Meuterer, deren Zahl auf 200 geschätzt wird, nahmen Suitschianghsien. Die Regierung in Peking sendet Truppen gegen sie aus.

Rußland und Japan.

Von der Friedenskonferenz. Der Pariser „Matin" meldet: Dem Portsmouther Korrespondenten eines Blattes erklärte der japanische Deputierte Matsumoto, der Vertrauensmann des Barons Komura, daß letzterer nicht weniger als zweieinhalb Milliarden Kriegskosten fordern werde. Ohnehin habe Komura heftig gegen die öffentliche Meinung in Japan anzukämpfen, die das Doppelte verlange. Sollten die 2½ Milliarden nicht bewilligt und die bedingungslose Abtretung Sachalins verweigert werden, würde die Konferenz als beendigt anzusehen sein und Marschall Oyama aufs neue die Offensive beginnen.

Wieder flott gemacht haben die Japaner den bei Tschemulpo gesunkenen russischen Kreuzer „Warjag". Dieser Kreuzer ist das vierte Schiff, das die Japaner vom Meeresgrunde gehoben haben, um es ihrer Flotte einzuverleiben. Sie haben somit neben dem Verlust ihrer Linienschiffe „Hatfuse" und „Jaschima" und der Kreuzer „Takasago", „Mijjako" und „Yoschino" mit einer Wasserverdrängung von 37 900 Tonnen bis jetzt einen Flottenzuwachs durch folgende Schiffe zu verzeichnen: Erobert: Linienschiff „Orel" (jetzt „Swami") 13 730 To., Linienschiff „Nikolaus I." (jetzt „Iki") 9600 To., Küstenpanzer „Apraxin" (jetzt „Okinoschima") 4200 To., Küstenpanzer „Sjenjawin" (jetzt „Minoschima") 4200 To. Gehoben: Linienschiff „Preswiet" 12 880 To., Linienschiff „Poltawa" 11 130 To., Panzerkreuzer „Bayan" 7930 To., geschützter Kreuzer „Warjag" 6570 To., zusammen 70 290 To. Außer den bereits gehobenen Schiffen hoffen die Japaner bekanntlich von den in Port Arthur versenkten Kriegsschiffen noch einige flott machen zu können.

Das Geschwader Japans rüstet sich zu neuen Taten. Vizeadmiral Kataoka meldet, daß er ein Geschwader nach Kamtschatka, ein anderes nach Ochotsk gesandt habe. Diese Geschwader seien jetzt mit der Ausführung der Operationsziele beschäftigt.

Lübeck und Nachbargebiete.

Freitag, den 11. August 1905.

Achtung Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter! Der Zuzug von Bauarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten!

Ueber den Lübecker Wahlrechtsraub schreibt Genosse Katzenstein in einer Korrespondenz für verschiedene Parteiblätter. Nachdem er kurz die materielle Seite des Beschlusses besprochen hat, schreibt er weiter:

„Die Arbeiterklasse und die gesamte unbemittelte Bevölkerung Lübecks wird politisch mattgesetzt! Was tun demgegenüber? Protestversammlungen? Resolutionen? Das sind papierene Meinungsausdrücke, die wie der Wind, wie die in den Versammlungen gesprochenen Worte verwehen. Bleibt die Arbeiterschaft Lübecks, die politisch und gewerkschaftlich trefflich organisiert ist, Gewehr bei Fuß diesem neuen schnöden Attentat auf Volksrechte gegenüber stehen, so ermutigt sie die Reaktionäre in anderen Staaten und schließlich im Reich zu gleichem Raube. Ihre Verantwortung ist gewaltig! Nur ein Mittel der Gegenwehr, oder zumindest eines kraftvollen Protestes bleibt hier: Generalstreik der Arbeiterschaft Lübecks! Generalstreik mit der einen Forderung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts! Jetzt oder nie! Ebnen wir durch Stillhalten den Räubern der Volksrechte ihren Weg, sie wären Toren, wenn sie ihn nicht gingen. Wird die Lübecker Arbeiterschaft für ihr Recht eintreten? Wird sie es?"

Wir müssen diesen Ausführungen gegenüber bemerken, daß u. E. die Lübecker Arbeiterschaft, die im übrigen stets auf dem Posten gewesen ist, den vorgeschlagenen Weg des Generalstreiks schwerlich gehen wird, und zwar aus dem Grunde, weil sie ihn gegenwärtig wirkungsvoll nicht durchzuführen imstande ist. Nur als Demonstration, die auch nicht mehr Erfolg hat wie Reden und Resolutionen, wird sie nie einen sogenannten Generalstreik inszenieren, an dem sich vielleicht die Hälfte der Lübecker Arbeiterschaft beteiligt, und dessen Folgen schwere Schädigungen des gewerkschaftlichen Lebens sind. Zu dem Katzensteinschen Vorschlag bemerkt sehr richtig die „Bremer Bürgerztg.": „Dieser Rat des Genossen Katzenstein an die Lübecker Arbeiter zeugt von einer so grenzenlosen Verkennung des Wesens des politischen Massenstreiks, daß gerade die Befürworter des politischen Massenstreiks, zu denen auch wir gehören, auf das entschiedenste dagegen protestieren müssen. Würde der Rat des Genossen Katzenstein befolgt, so würde das Ergebnis mit einem kläglichen Mißerfolg enden und die wichtige Waffe des politischen Massenstreiks dadurch in gefährlicher Weise kompromittiert. Hat denn Genosse Katzenstein sich so wenig mit dem Problem des Massenstreiks beschäftigt, daß er völlig die für seine Anwendung notwendigen Voraussetzungen verkennt? Wenn das der Fall sein sollte, so ist dem Genossen Katzenstein dringend anzuraten, nicht leichtsinnig mit dem Feuer zu spielen. Bestreitet aber Katzenstein seine Unbekanntschaft mit der Literatur über den Massenstreik, so sind wir neugierig, wo er seine Sorte von Generalstreik unterzubringen versuchen wird. Mit dem von der Genossin Roland-Holst, ferner von Kautsky, Parvus und anderen befürworteten politischen Massenstreik als revolutionärem Kampfmittel in besonderen künftigen Situationen des Proletariats hat die Generalstreikspielerei des Genossen Katzenstein nichts zu tun."

Die Lübecker Genossenschafts Bäckerei hielt am 10. Aug. dss. Js. ihre Generalversammlung für das zweite Quartal ab. Geschäftsführer Genosse P. Pape erstattete Bericht und führte aus, daß das Resultat des zweiten Quartals sehr gut ausgefallen sei. Der Umsatz betrug Mk. 150 964,08, der Warenverbrauch Mk. 96 303,10, die Betriebskosten und andere Unkosten Mk. 48 198,79, es verbleibt ein Reingewinn von Mk. 6462,19. Der Mehlverbrauch betrug rund 4073 Sack. In der eigenen Mühle wurden 4248 Sack Roggen und Weizen vermahlen. Das Spareinlagen-Konto, welches auch für Nichtmitglieder eingerichtet ist, hat sich seit dem 1. April um Mk. 11 056,86 erhöht, es beträgt jetzt Mk. 109 602,05. Die Mitgliederzahl beträgt 1164, es können jederzeit neue Mitglieder aufgenommen werden, die Anmeldung muß im Kontor, Töpferweg 65, geschehen. Das Eintrittsgeld beträgt nur 50 Pfg. Wir verfehlen nicht, die organisierten Genossen auf den letzten Passus aufmerksam zu machen, das niedrige Eintrittsgeld ermöglicht es Jedem, Mitglied zu werden. Der Anschluß an die in diesem Jahre in Stuttgart gegründete Unterstützungskasse wurde einstimmig beschlossen.

Eine Konferenz des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen für das Gebiet Schleswig-Holstein, beide Mecklenburg, Lübeck, Hamburg und einen Teil der Provinz Hannover findet am Sonntag den 27. August vormittags 11 Uhr hier im Vereinshaus statt.

Der zweite Teilbetrag der Einkommensteuer für das Jahr 1905/06 ist von den Steuerpflichtigen, welche im Besitze eines Steuerzettels für die Vorstädte St. Jürgen und St. Gertrud sind, in der Zeit vom 11. bis 21. August ds. Js. bei Vermeidung des Zuschlages der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.

Wie unterscheidet man eßbare von giftigen Pilzen. Ein Leser unseres Blattes, der als Sohn eines Forstbeamten die Pilze von Jugend auf kennt, schreibt uns: Das einzige und zuverläßigste Erkennungsmittel: ob ein Pilz giftig oder eßbar ist, ist folgendes: Wenn sich ein Pilz nicht schon durch seinen widerlichen, oder üblen Geruch sofort als ungenießbar zu erkennen gibt, so breche man ihn durch; — wechselt er an der Bruchfläche seine Farbe, so ist er giftig, behält dagegen die Bruchfläche ihre ursprüngliche Farbe, (meistens weiß, rötlich oder zart grau) so ist der Pilz gut. Ein sicheres Mittel zur Erkennung eßbarer Schwämme gibt es nicht für Laien. — Weiter wird über Pilze als Nahrungsmittel geschrieben: Im allgemeinen werden Pilze als gutes, billiges Nahrungsmittel bezeichnet. Diese Auffassung ist nach einem Gutachten des Reichsgesundheitsamts eine irrige. Man scheidet zwischen Pilzen, die zum Würzen verwendet werden — Champignon und Trüffel — und Pilzen, die als Mahlzeiten genossen werden — Steinpilze, Schwämmchen,

usw. Pilze haben nur einen außerordentlich geringen Nährwert. Zwei Pfund Pilze enthalten genau so viel lösliches Eiweiß, wie 100 Gramm frisches Fleisch, also das kleine Quantum Fleisch hat denselben Nährwert, wie zwei Pfund Pilze. Außerdem sind Pilze sehr schwer verdaulich; sie sind magenschwachen Personen und Rekonvaleszenten sogar gefährlich. Ferner sind Pilze wegen ihres großen Wassergehalts leicht dem Verderben ausgesetzt und wirken, wenn sie längere Zeit liegen gelassen werden, ebenso schädlich wie giftige Pilze.

Aus der Innung „Bauhütte" ausgeschlossen wurde der Maurermeister Zahn, weil er die berechtigten Forderungen der Gesellen bewilligt hat. Der Ausschluß wird in den Tagesblättern durch große Inserate bekannt gegeben. — Wenn organisierte Arbeiter nicht mit arbeitswilligen Elementen zusammenarbeiten wollen, so schreit dieselbe Presse über Terrorismus, die jetzt mit Behagen denjenigen an den Pranger zu stellen versucht, der mehr soziales Verständnis für die Gesellenforderungen zeigt, als seine Kollegen. Ja Bauer, das ist eben etwas anderes!

Stadthalle. Morgen, Sonnabend, gelangt bei halben Preisen Hillerns „Augen der Liebe" sowie das Lustspiel „In Zivil" zur Aufführung. Am Sonntag wird Millöckers beliebte Operette „Der Bettelstudent" gegeben, unter Mitwirkung der Frau Waldheim und des Herrn Meffert.

pb. **Schadenfeuer.** Heute vormittag gegen 8¼ Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Grundstück Engelswisch Nr. 339 gerufen, woselbst in der Wohnung eines alleinstehenden Uhrmachers auf dem Arbeitstische ein kleines Feuer entstanden war. Die Entstehungsursache dürfte auf Fahrlässigkeit zurückzuführen sein. Das Feuer war beim Eintreffen der Feuerwehr bereits von Hausbewohnern gelöscht.

pb. **Festgenommen** wurde ein Tagelöhner aus Fürth in Bayern, der seitens der Königlichen Staatsanwaltschaft in Fürth wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt steckbrieflich verfolgt wird.

pb. **Diebstahl.** Einem hiesigen Hotelbesitzer ist seine neue schottische Karre abhanden gekommen.

Schwartau. Pückleriana. Der Bürgerverein, ein Sammelsurium von Leuten ohne politische Grundsätze, deren eigentlicher Zweck die Bekämpfung der Sozialdemokratie sein sollte, legt sich jetzt, nachdem er auf seinem eigentlichen Kampffelde total versagt hat, auf das Judendreschen nach dem Rezept des verrückten Grafen Pückler. In der letzten Versammlung dieser „christlichen" Biederleute wurde allseitig betont, daß ein zu starker Andrang des jüdischen Elements unter den Kurgästen der Entwickelung Schwartaus als Badeort nachteilig und daher künftig zu verhindern sei. Der Vorstand wurde beauftragt, in dieser Richtung bei dem Gemeindevorstande und dem Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs die nötigen Schritte einzuleiten. Weiter wurde beschlossen, den Gemeindevorsteher zu ersuchen, dahin zu wirken, daß den hier eingerichteten jüdischen Küchen und Restaurationen in Zukunft die Konzessionen versagt werden. — Es bleibt abzuwarten, ob Herr Hattenbach seinen Busenfreunden den verlangten Gefallen tun wird. Jedenfalls werden unsere Genossen im Gemeinderat, denen die Wohlfahrt Schwartaus am Herzen liegt und die sich nicht vom Rassenhaß blenden lassen, in dieser Sache dann auch noch ein kräftiges Wörtlein mitreden.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Ein Hamburger Schiff auf See verbrannt. Die Hamburger Viermastbark „Octavia", Kapitän Smith, die am 24. Mai von Hamburg mit einer Ladung Kohlen nach Taltal in See ging, ist auf hoher See ein Raub der Flammen geworden. Die Reederei-Aktiengesellschaft von 1896 hat hierüber eine telegraphische Mitteilung erhalten. Die gesamte Besatzung ist gerettet und von einem Dampfer aufgenommen worden, der die Leute nach Bahia Blanca brachte. Die Viermastbark „Octavia" ist 1894 aus Stahl erbaut. Es war ein Schiff von 2308 Netto Registertons. — Beim Besteigen einer fahrenden Pinasse stürzte der Oberschreibergast Hoffmann in Kiel ins Wasser, geriet dabei in die Schiffsschraube und wurde getötet. — Die Kieler städtischen Kollegien bewilligten 400000 Mark zur Erweiterung und Verbesserung des Handelshafens. — Von der Mannschaft der neugegründeten Heringsfischerei Gesellschaft „Großer Kurfürst" in Emden sind auf deren erster Fangreise zwei Leute ertrunken.

Hamburg. Der beleidigte Chefredakteur. Als der Chefredakteur der „Hamburger Nachrichten", Dr. Hartmeyer, im Anfang dieses Jahres eine Reise nach Rußland unternahm, veröffentlichte das „Hamburger Echo" folgende Glossen: „Eine Reise nach Rußland soll der Chefredakteur der „Hamb. Nachr.", Dr. Hartmeyer, unternommen haben. Böse Zungen behaupten nun, er führe die seit Neujahr erschienenen Nummern der „Hamb. Nachr." und auch einige der letzten Jahrgänge des Blattes mit sich, um maßgebenden Kreisen die kosakentreue Haltung des Blattes vor Augen zu führen in der Hoffnung auf eine nachhaltige Unterstützung desselben. Natürlich ist alles Verleumdung. Es ist keinerlei Aussicht auf eine russische Subvention vorhanden." Die daraufhin von Dr. Hartmeyer gegen den verantwortlichen „Echo"-Redakteur Wabersky angestrengte Beleidigungsklage endete mit einem Vergleich. Der Beklagte verpflichtete sich, in seinem Blatte folgendes zu veröffentlichen: „In unserer Zeitung ist am 1. Februar 1905 unter der Spitzmarke „Eine Reise nach Rußland" eine Notiz erschienen. Herr Dr. Hartmeyer, als Chefredakteur der „Hamb. Nachr.", hat sich durch die darin gemachte Aeußerung, daß sein Blatt möglicherweise für seine Haltung durch eine Subvention von Rußland entschädigt werde, verletzt gefühlt. Wir erklären deshalb gern, daß uns jede Absicht, Herrn Dr. Hartmeyer zu verletzen, völlig fern gelegen hat."

Altona. Das Bluturteil vor dem Oberkriegsgericht. Die Landwehrleute Strauer, von Beruf Ewerführer, und Krogmann, von Beruf Sandschiffer, sollten, nachdem sie im Mai in Harburg bei dem Pionier-Bataillon Nr. 9 eine vierzehntägige Uebung gemacht hatten, am 29. Mai zur Verbüßung einer Arreststrafe von Harburg nach dem Militär-Arrestlokal in Altona transportiert werden. Sie tranken sich in der Kantine in Harburg einen starken Rausch an, behaupteten dann, daß sie, da die Uebung beendet sei, keine Soldaten mehr seien, und verübten auf dem Transporte nach Altona infolge ihrer Trunkenheit und ihrer falschen Auffassung von ihrem Verhältnisse zum Soldatenstande sehr schlimme Vergehen gegen die Subordinationen. In der Gerichtsverhandlung, die wegen dieser Vergehen am 4. Juli vor dem Kriegsgerichte der 17. Division stattfand, beantragte der Vertreter der Anklage, Strauer zu 12 Jahren und 7 Monaten Gefängnis und Krogmann zu 10 Jahren und 3 Monaten Gefängnis zu verurteilen. Das Kriegsgericht erkannte gegen Strauer auf 7½ Jahre Gefängnis und gegen Krogmann auf 6 Jahre und 2 Wochen Gefängnis. Mit diesem Urteil hatte sich gestern das Oberkriegsgericht zu beschäftigen. Die Verhandlungen hatten dasselbe Ergebnis wie in der ersten Instanz. Der Staatsanwalt beantragte, Strauer zu einer Gesamtstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten Gefängnis, Krogmann zu einem Jahre und 6 Monaten Gefängnis zu verurteilen und jedem der Angeklagten einen Monat der verbüßten Untersuchungshaft in Anrechnung zu bringen. Der Redner erklärt dann noch, daß er aus dem Briefwechsel beider Angeklagten mit ihren Angehörigen erkannt habe, daß Strauer eine liebevolle und anhängliche Frau habe, und daß Krogmann ebenfalls Angehörige besitzt, denen sein Schicksal sehr nahe geht. Die Angeklagten hätten ihren Angehörigen schöne Versprechungen gemacht, und wenn sie nur einen Teil ihrer Versprechungen halten würden, dann würde ihnen diese Gerichtsverhandlung zum Segen gereichen. Mit den Worten: „Meine Herren! Fällen Sie ein gerechtes, aber kein drakonisches Urteil!" schließt der Vertreter der Anklage seine Rede. Der Verteidiger sucht die Vergehen der Angeklagten in ein noch milderes Licht zu rücken und bittet um eine geringere Strafe und Anrechnung eines größeren Teils der erlittenen Untersuchungshaft. Das Oberkriegsgericht verurteilt Strauer zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis und Krogmann zu 1 Jahr 1 Monat Gefängnis.

Husum. Ein eigenartiger Streik ist hier zu verzeichnen. Für den Viehverkehr auf der Eisenbahn besteht die Bestimmung, daß für je 3 Wagen mit Vieh ein Viehbegleiter gestellt werden muß. Eine besondere Befähigung wird von den Viehbegleitern nicht verlangt, und so half man sich seit Jahren dadurch, daß man aus den Herbergen wandernde Leute holte, die die Gelegenheit benutzen wollten, umsonst nach dem Rheinlande zu fahren. Den Leuten von der Landstraße war diese Einrichtung der Gratis-Eisenbahnfahrt von Husum nach dem Rheinlande seit langem bekannt. Sie richteten ihre Reise vielfach danach ein; manche trafen hier immer wieder in bestimmten Zeiträumen ein, um dann wieder als „Viehbegleiter" südwärts zu gehen. Man kann sich nun kaum wundern, daß diese Leute sich schließlich zusammengeschlossen haben, um die Standesinteressen zu vertreten. Sie verlangten in letzter Stunde außer freier Fahrt vorläufig ganz bescheiden 1 Mk. Als dies nicht bewilligt wurde, traten sie in den Ausstand. Es muß aber anderweitige Abhilfe geschaffen sein, denn der Viehzug ist ohne Handwerksburschen abgefahren.

Flensburg. Zur Affäre Landrat Becherer—Pastor Jacobsen veröffentlicht letzterer wiederum einen längeren Beweisartikel, der lautet:

In der gestrigen Nummer fragt das Organ des Landrats Becherer, die „Schleswigsche Grenzpost": „Warum schrieb Jacobsen den betreffenden Brief an den Landrat erst im Juli 1903? — Die Antwort soll dem Herrn Landrat nicht vorenthalten werden!

Da mein Schreiben vom 12. und 14. Juli an den Landrat unbeantwortet blieb und sich in mir die Ueberzeugung festigte, daß ein Einschreiten des Landrats gegen v. Winter aus gewissen Gründen ausgeschlossen sei, wandte ich mich an die Königliche Staatsanwaltschaft.

In diesem Schreiben vom 18. Juli 1903 habe ich damals genau motiviert, weshalb ich bisher geschwiegen hatte, nun aber nicht länger zu dem ruchlosen Treiben von Winters schweigen zu dürfen glaubte. Es heißt dort:

Scherrebek, den 18 Juli 1903.

An die Königliche Staatsanwaltschaft
in Flensburg.

„Der komm. Amtsvorsteher v. Winter in Scherrebek sucht jeden, der sich nicht unbedingt und blindlings seinem Willen unterwirft, aus dem Wege zu räumen. Gerade in den letzten Tagen hat er den Versuch gemacht, zwei Beamte, die sich nichts anderes haben zu schulden kommen lassen, als daß sie ihn nicht unterstützen wollten, bei seinen, ihrer Ueberzeugung nach, ungerechtfertigten Uebergriffen, und die ihm daher im Wege standen, aus ihrer Stellung zu entfernen durch falsche Denunziationen bei ihrer vorgesetzten Behörde. Es sind dies die Lehrerin Fräulein Lanotreter und der Postverwalter Hänisch."

Dann wird ausgeführt, wie die dem Amtsvorsteher unterstellten Hilfskräfte — Schreiber und Amtsdiener — zu den Ortsbewohnern gehen, um sie hinsichtlich ihrer Gesinnung auszuforschen, sie auch heimlich beobachten und gegen diejenigen, die sich als Gegner des Amtsvorstehers zeigen, Drohungen auszustoßen. Es wird gezeigt, wie dies durch v. Winter eingeführte Spionier- und Einschüchterungssystem das geschäftliche Leben schädigt, und wie v. Winter, der es sich zur speziellen Aufgabe gemacht zu haben scheint, Pastor Jakobsen zu verderben, nichts danach fragt, wie viele Existenzen er vernichten muß, um sein Ziel zu erreichen. Es heißt dann wörtlich weiter:

„Ich fühle mich daher gezwungen, da ich v. Winter zu jeder Schandtat fähig halte, folgende Tatsachen, die ich bisher aus besonderen Rücksichten auf seine Stellung und auf die Sache, die er zu vertreten hat, nicht zur Anzeige gebracht habe, der Königlichen Staatsanwaltschaft zu unterbreiten. Jede dieser Tatsachen beweist, daß dieser Mann, um sein Ziel zu erreichen, sich ohne Bedenken auch verbrecherischer Mittel bedient, so daß es, um derer willen, die vielleicht noch durch seine Denunziationen zu leiden haben würden, eine sittliche Pflicht wird, nicht länger mit der Anzeige zurückzuhalten."

J. Jacobsen,
früher Pastor in Scherrebek.

Wenn man das Eingesandt Jacobsen durchliest, ist man unterrichtet über die verschiedensten Mittel, mit denen der Amtsvorsteher Winter in seiner Verpreußungstaktik gearbeitet hat und es muß nur Wunder nehmen, daß sich die ganze Bevölkerung des dortigen Amtsbezirks diese Behandlung so ruhig gefallen ließ. Die Gewaltpolitik in Nordschleswig erscheint in immer besserer Beleuchtung.

Oldenburg. Der Pokerminister darf straffrei beleidigen. Hier wird jetzt bekannt, daß das Oldenburger Landgericht die Privatklage des Redakteurs Schweynert vom „Residenzboten", gegen den Minister Ruhstrat ohne öffentliche und mündliche Verhandlung abgewiesen hat. Der Minister Ruhstrat hatte bekanntlich Schweynert im Landtage einen 21jährigen Bengel genannt. Schweynert hatte dieserhalb wegen Beleidigung gegen den Minister Ruhstrat Privatklage erhoben. Das Amtsgericht hatte es aber abgelehnt, das Verfahren überhaupt zu eröffnen. Hiergegen hatte der Verteidiger Schweynerts, Rechtsanwalt Dr. Herz in Altona, Beschwerde eingelegt. Diese Beschwerde hat jetzt das Oldenburger Landgericht gleichfalls verworfen und das Verfahren des Oldenburger Amtsgerichts für zulässig erklärt. Die entgegenstehende Auffassung Schweynerts und seines Verteidigers erklärte das Oldenburger Landgericht für „unbegreiflich".

Letzte Nachrichten.

Görlitz. Große Unterschlagungen. Der verhaftete Konkursverwalter Feldmann unterschlug in amtlicher Eigenschaft 117 000 Mk.

Spremberg. Ein weiteres Opfer des Eisenbahnunglücks. Mittwoch abend ist noch der schwer verletzte Heizer Froehse in der Klinik gestorben. Die Zahl der Toten beträgt somit 15. — Verhaftet wurde der an dem Eisenbahnunglück angeblich schuldige Stationsassistent. Ihn wird die Strafe für das Unglück treffen, für das in letzter Linie doch nur die Profitsucht der preußischen Eisenbahnverwaltung verantwortlich zu machen ist.

Dortmund Gewerkschaftliche Erfolge. Im hiesigen Bezirk haben bereits 31 Bauunternehmer, die etwa 800 Arbeiter beschäftigen, die Forderungen der Arbeiter bewilligt. Zehn von diesen Unternehmern gehörten dem Arbeitgeberbund an. Bei 60 Unternehmern dauert die Sperre fort, von der aber nur noch 150 Arbeiter betroffen werden.

Reichenbach. Ein Großfeuer äscherte im Hunsrück vier große Bauerngüter ein.

Bern. Vermißt. Die Apotheker Herrmann und Geldner, die eine Besteigung der Jungfrau unternahmen, werden vermißt. Zwei Führerexpeditionen sind aufgebrochen. Man glaubt, die beiden Bergsteiger seien im Rottasattel verunglückt. — Automobilunfall. Bei einer Automobilfahrt von Bürgerstock nach Ennetbürger in Luzern wurden die drei Insassen herausgeschleudert. Ein Buchhalter namens Zimmermann blieb tot, die anderen wurden verletzt.

New-Orleans. Gelbes Fieber. Mittwoch kamen 63 Erkrankungen am gelben Fieber und sieben Todesfälle vor. Alle Läden sind geschlossen, da der Bürgermeister eine allgemeine Desinfektion angeordnet hat. Die Bundesärzte überwachen die Ausführung der sanitären Maßnahmen.

Briefkasten.

H. R. Das Arbeitersekretariat, Johannisstraße 46, gibt Ihnen bereitwilligst und kostenlos genau Auskunft.

Logis zu vermieten.
Kerkringstraße 42.

Ein freundl. Zimmer zu verm.
Augustenstraße 22 a.

Nahe der Bahn.
Zu mieten gesucht zum 1. Oktober
eine Parterre-Wohnung mit Hofplatz, Einfahrt oder Seiteneingang von Leuten ohne Kinder.
Angebote mit Preisangabe unter P 15 an die Exped. d. Bl.

Sofort ein größeres Laufmädchen
außer der Schulzeit oder ein konfirm. Mädchen für die Morgenstunden. Schmiedestraße 6.

Konfirm. Laufmädchen. Wahmstr. 27, I.

Wegen Verstoß gegen das Interesse des Verbandes (Streikbruch) sind auf Antrag der hiesigen Zahlstelle die Tischler **Johann Freund, Carl Barth** und **Johann Pöhis** aus dem Deutschen Holzarbeiter-Verbande ausgeschlossen worden.
Die Lokalverwaltung.

2 Fenster-Vorsätze mit Spiegel
billig zu verkaufen Moislinger Allee 51 b.

Offeriere
prima feinsten
Weisskohl
Zentner 2 Mk.
Große feste Köpfe
10 Pfg. pro Stück.
Spethmann & Fischer
Beckergrube 59.
Telephon 102.

Uhren, Gold- und Silberwaren
anerkannt billig bei
Ernst Gentzen, Uhrmacher,
Königstraße 62, bei der Hüxstraße.

Arbeiter
kaufen ihre Möbelaussteuer jetzt:
im Möbelhaus „Hansa"
Johannisstrasse 23.
1 Sofa, 4 Stühle, 1 Tisch, 1 Spiegel, 2 Bettstellen mit Matratzen, 1 Kleiderschrank, 1 Küchenschrank, 1 Küchentisch, alles zus. nur **Mk. 150.–**
Nur gute Arbeit.
Diese billigen Preise gelten nur für Arbeiter.

1 Waggon
Marschkäse
Vollfett Pfd. 40 Pfg.
II. Sorte Pfd. 20 Pfg.
Ed. Speck, Hüxstr. 80

Früher M. 120.–, **jetzt M. 90.–**

Florett-Fahrräder
allen voran! Pa. Material, 2 Jahre Garantie! Freilaufnabe Torpedo M. 15 mehr. Mäntel v. M. 3.50 an, Schläuche M. 2.80, Acytelen-Laternen M. 2. H. A. Hill, Fahrrad Versandh., Johannisstr 9. Rep all. Syst bill. Ambos-Fahrräder M. 75, 1 J Gar.

Zahn-Atelier
G. Boysen, Schwartauer Allee 71 a.

Führer
durch die
Strafprozessordnung.
Rechte des Angeklagten vor Strafgericht und Polizei.
Von Dr. Hugo Heinemann.
Preis 40 Pfg.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Nur noch kurze Zeit. **Wirkliche Vorteile** Nur noch kurze Zeit.

bietet der

Konkursmassen-Ausverkauf

von der Firma

Königstr. 89 Harry Dahm Ecke Wahmstr.

Besonders vorteilhaftes Angebot:

Ein Posten **prima Wollgarne** in schwarz und farbig, regulärer Wert Lage 62—65 Pfg. . . . . jetzt **48** Pfg.

Ein Posten **prima Elsässer Hemdentuch** regulärer Wert 50—55 Pfg. . . . . jetzt **38** Pfg.

Ein Posten **Normal- und Parchend-Herrenhemden** regulärer Wert 2.00—2.50 Mk., jetzt **1.50** Mk.

Knaben- und Herren-Anzüge sowie auch sämtliche **Arbeitergarderoben**

werden jetzt zu und unter Einkaufspreis verkauft.

Kleiderstoffe in Baumwolle und Wolle **Waschstoffe, Unterrücke, Korsetts, Schürzen, Damen-Hemden und Beinkleider**

sind noch in großer Auswahl vorhanden und werden bis zu

50 Prozent unter Preis verkauft.

Die noch vorhandenen

Damen-Blusen, Damen-Jacketts und Mäntel

werden jetzt zu jedem annehmbaren Preis verkauft.

Hans Struve.

Schönen alten holländischen Käse

Pfund 80 Pfg. und 1.– Mk.

Fernspr. 473. empfiehlt **Th. Storm, Königstraße 98.**

Rote Rabattmarken.

Allen voran

in Preiswürdigkeit und Haltbarkeit sind die Garderoben aus dem

Spezial-Geschäft

Louis Levy, Lübeck

Klingenberg 5, Ecke Marlesgr. 2-4.

Hamburger Lederhosen Mk 2 50, 3 50, 4 50—9 50.

Zwirn-Hosen Mk 1 80, 2 50, 3 50, 4.—.

Manchester-Hosen Mk. 3 50, 4 50, 5 50, 6 50

Pilot-Hosen Mk. 3, 3 50, 4, 4 50, 5, 5 50

Blau Leinen-Hosen Mk. 1 20, 1 40, 1 80, 2, 2 20.

Blau Leinen-Jacken Mk. 1 20, 1 50, 1 80, 2 —.

Blau Leinen-Blusen Mk. 1 10, 1.30, 1 60, 1 80

Blau und weiß gestreifte Blusen 1 20, 1 40, 1 80.

Maurer, Zimmerer- und Schlosser

Schmitthosen

in großer Auswahl von Mk. 2 50 an.

	Kittel	Hosen	Jacken
Maler	Mk. 2 20	Mk. 1 60	Mk. 1.80

	Jacken	Kittel	Schürzen
Schlachter	M 4 an	M 1 80 an	M 1 an

	Westen	Hosen	Mützen
Hausdiener	M. 4 80 an	4 50 an	1 an

	Anzüge	Jacken, Fracks	Hosen
Kellner	M 21 an	18 an	25 an 4 50 an

Friseur-, Koch- u. Konditor-Jacken.

Ein gr. Posten Normal-Hemden Mk. 1.—

Ein gr. Post. halb Flanell-Hemden Mk. 1.—

Beachten Sie bitte mein Spezial-Fenster für

Berufs-Garderoben.

Louis Levy, Lübeck,

5 Klingenberg 5, Ecke Marlesgrube 2—4. Fernsprecher 1767.

Rote Rabattmarken.

Arbeiter-Radfahr.-Verein Lübeck.

Gegründet 1894.

Tour nach Bargteheide

am Sonntag den 13. August.

Abfahrt vormittag 11 Uhr vom Vereinshaus.

Der Vorstand.

Lilienmilchseife mit Steckenpferd

von Bergmann u. Co., Dresden-Radebeul

G. Koch, Friseur, **Mühlenstraße 5.**

Gewerkschaftsfest.

Die Bevollmächtigten der Gewerkschaften und Vereine, sowie sonstige Inhaber von

Festkarten

werden dringend ersucht, sich am **Montag, Dienstag** oder **Mittwoch** nächster Woche im „Vereinshaus" einzufinden. Die Kassierer des Komitees sind zur Entgegennahme der Beträge dort von 8 Uhr an anwesend

Das Fest-Komitee.

Einmachegläser

6, 8, 10, 12, 20, 45, 65, 85 Pfg.

Patentgläser

absolut sicher

38, 45, 50, 65 Pfg.

Gläser

mit Schraubendeckel

Stück 13 u. 25 Pfg.

Riesen-Bazar

Pietro Cagna

Breitestraße 33.

Zentral-Verband deutscher

Brauereiarbeiter!

(Zahlstelle Lübeck)

Mitglieder-Versammlung

am Sonntag den 13. August

nachmittags 3 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht

Um zahlreichen Besuch ersucht

Der Vorstand.

Fortsetzung meines

Saison- und Reste-Ausverkaufs.

Sämtliche

Manufakturwaren,

Betten,

Bettfedern, Daunen

und

Aussteuer-Artikel.

Herren-, Knaben- u. Arbeitsgarderoben.

Herren- u. Knaben-Sommerjoppen

jetzt extra billig.

Während des Ausverkaufs gebe ich

doppelt grüne Rabattmarken.

Nehme volle Bücher in Zahlung mit 5 und 10 Mk.

Mache besonders darauf aufmerksam, dass die **grünen** Marken **nicht** eingehen.

Wilh. Bartelt, Breitest. 39.

Billige Lebensmittel.

Reismehl	Pfd.	14 Pfg	Posten geräuch **Mettwurst**	Pfd.	75 Pfg
Kartoffelmehl	„	18 „	**Schweineschmalz**	Pfd.	55 u. 50 „
Hausstandsmehl	„	13 „	**Frische Eier**	11 Stück	60 „
Gute Pflaumen	„	14 „	**Salzheringe**	10 „	35 „
Vanille	3 Stangen	10 „	**Pfeffergurken**	½ Pfd.	15 „
Kleine Rosinen	Pfd	13 „	**Bruchheringe**	5 Stück	10 „
Puddingpulver	3 Pakete	14 „	**Gute Matjes**	„	5 „

Posten Tilsiter Käse . . . . . sonst Pfd 60 Pfg, **jetzt** Pfd **45** Pfg

in ganzen Broden Pfd. **40** Pfg

Andere Sorten **Käse** von **15** Pfg pro Pfd an.

ff. gem. Zucker Pfd. 23 Pfg. Ganze Brodenzucker Pfd. 24 Pfg

Posten **Apfelwein** Flasche **22** Pfg.

Auf jedes Pfund meiner frischen **Margarine** einen **Teller** oder **5 Rabattmarken gratis.**

Geschichtsbücher für Kinder **gratis.**

Otto Burckhardt, Hüxstr. 42.

Verkaufshalle für Lebensmittel. **Fernruf 1714.**

Trotz der billigen Preise Rote Rabattmarken.

Billige und gute Schuhwaren

in großer Auswahl.

Damen-Schnürstiefel, schwarz	**3.75**	Mk
Damen-Schnürstiefel, rot	**4.50**	Mk
Damen-Knopfschuhe, gelb und rot	**3.25**	Mk.
Damen-Spangenschuhe	**2.50**	Mk.
Damen-Lack-Spangenschuhe	**3.50**	Mk.
Herren-Schnürschuhe	**3.50**	Mk.
Herren-Arbeitsschuhe, Rindleder	**4.50**	Mk.
Herren-Zugstiefel	**4.50**	Mk
Herren-Segeltuchschuhe	**2.00**	Mk.
Herren-Schnallenstiefel	**6.50**	Mk.
Mädchen-Knopfstiefel, rot und gelb, 31/35	**3.50**	Mk
Mädchen-Knopfstiefel, rot und gelb, 27/30	**3.00**	Mk.
Knaben-Agraffenstiefel, 31/35	**3.75**	Mk.
Knaben-Agraffenstiefel, 27/30	**3.25**	Mk.
Segeltuch-Schuhe für Kinder	von **1.00**	Mk. an.

Trotz der billigen Preise Rote Rabattmarken.

Louis Levy, Lübeck,

obere Marlesgrube 2—4, Ecke Klingenberg.

Rote Rabattmarken.

Verein f. Gesundheitspflege und Naturheilkunde.

Sonntag den 13. Aug. in Karlshof

Spielfest für Erwachsene.

Stadt-Halle.

Sonnabend: Abonnements-Vorstell. 78

Zu halben Preisen

Die Augen der Liebe.

In Zivil.

Anfang 7½ Uhr Von 7 Uhr: Konzert

Logen 1 50 Mk, 1 Parkett 1 Mk, 2 Parkett 50 Pf

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 187. Sonnabend, den 12. August 1905. 12. Jahrgang.

Eine Erinnerung an ausnahmegesetzliche Tage.

An die Frankfurter Friedhofsaffäre erinnert unser Frankfurter Parteiorgan: Vor nunmehr zwanzig Jahren, am 22 Juli 1885. bewegte sich ein langer Zug Leidtragender nach dem Friedhofe, um einem Freunde das letzte Geleite zu geben. Der Verblichene war der Ziseleur Hugo Hiller, ein tüchtiger Arbeiter und wackerer Mitkämpfer für die Sache des Volkes. Schon längere Zeit leidend — an der „Proletarierkrankheit" — war er, noch jung an Jahren, von dem Kampf ums Dasein erlöst worden.

Wohl 2000 Genossen folgten vom Sterbehause aus dem Sarg Hillers, und mehr als die Hälfte davon zog mit bis auf den Friedhof. Aber auch eine große Anzahl Polizisten hatte sich bereits am Sterbehause dem Zuge angeschlossen, um die „Ordnung" aufrecht zu erhalten. Ein großer Teil unserer Genossen hatte rote Blumen an der Brust befestigt, und viele Kränze mit roten Schleifen wurden im Zuge mitgetragen. Am Portale des Friedhofes angelangt, geboten die begleitenden Schutzleute auf Befehl des Polizeikommissars Meyer, daß die roten Schleifen von den Kränzen entfernt werden sollten, worauf man den Zug durch die Halle passieren ließ. Auf dem Friedhofe selbst, rechts vom Portal, waren noch etwa 40 Schutzleute aufgestellt.

Das für Hiller bestimmte Grab befand sich einige hundert Schritte weit, etwas seitwärts links vom Portal. Nachdem der Sarg in die Grube gesenkt war, sang der Verein „Amicitia" einen Trauerchor, und hierauf schickte der damalige Vertrauensmann Füllgrabe sich an, eine kleine Gedächtnisrede zu halten. Er wurde jedoch sofort durch den Kommissar Meyer mit dem Bemerken unterbrochen, daß keine Reden zugelassen würden, sonst müsse die Versammlung auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes aufgelöst werden. Füllgrabe legte hierauf mit einer kurzen Widmung den Kranz der Partei nieder. Eine größere Zahl Genossen aus verschiedenen Orten der Umgegend folgte diesem Beispiel. Zuletzt trat der Schneider J. Leyendecker aus Mainz an das Grab und widmet im Namen der dortigen Genossen einen Kranz; sodann aber zog er aus seiner Brusttasche die am Portal vom Kranze abgeknüpfte Schleife und warf sie in das Grab mit ungefähr folgenden Worten: „Diese rote Schleife aber gebe ich Dir mit in die Grube für Dein treues Festhalten an der Sache des Volkes!"

Nachdem diese Worte kaum verklungen, rief der Kommissar Meyer: „Im Namen des Gesetzes löse ich die Versammlung auf! Eins, zwei, drei!" — und sofort zogen etwa zehn Schutzleute, die dicht an der nördlichen Seite des Grabes standen, ihre Säbel und hieben mit der flachen Klinge auf die Umstehenden ein.

Eine aller Beschreibung spottende Szene entwickelte sich nun. Die Zunächststehenden konnten den Platz nicht verlassen, weil die vom Grabe etwas weiter Entfernten kaum ahnten, was vorgefallen war. Verschiedene stürzten beim Fliehen über den Grabhügel. darunter auch einige Kinder. Der Schneider Bertholo wurde sogar in Hillers Grab gestoßen. Als die Fliehenden aber gegen das Portal kamen, wurden sie von den dort stehenden Schutzleuten mit flachen Säbelhieben empfangen und zum Teil wieder zurückgetrieben, wo sie aufs neue mit Hieben bedroht und dann zurückgejagt wurden.

Diejenigen, welche sofort den Ausgang, der anfangs verschlossen war, gewannen, wurden von den dort haltenden berittenen „Wächtern des Gesetzes" gleichfalls mit flachen Säbelhieben empfangen. Verschiedene ganz unbeteiligte Leute, welche sich zur Zeit auf dem Friedhofe befanden, wurden ebenfalls gehauen, so der Maurer Heuß. Nachdem dieser sich darüber beschwerte und in dem nachfolgenden Prozeß als Zeuge gegen Meyer auftrat, wurde er später, nach Verhängung des kleinen Belagerungszustandes, aus Frankfurt ausgewiesen, obgleich er sich niemals für unsere Partei betätigt hatte und ihr vor der Friedhofssäbelei völlig ferne stand.

Endlich, nachdem das Hauen beinahe zehn Minuten gedauert, wurde Einhalt geboten. Niemand hatte sich widersetzt; die Sache kam so rasch, und niemand hätte auch ahnen können, daß der „Arm des Gesetzes" fähig wäre, eine solche „Heldentat" zu verüben. Viele waren durch die Säbelhiebe verletzt. Nur wenige beschwerten sich; alle jedoch, die es taten, oder als Zeugen gegen Meyer auftraten, wurden später als „staatsgefährlich" ausgewiesen.

Dem Kommissar Meyer, sowie einigen Schutzleuten, ebenso dem Schneider Leyendecker, letzterem wegen Uebertretung des Versammlungsgesetzes, wurde der Prozeß gemacht. Meyer, der offenbar gemäß seiner Instruktion gehandelt hatte, wurde zu drei Monaten, der Schutzmann Wingleit zu zwei Monaten, der Schutzmann Hohmann zu einem Monat und der Schutzmann Schweiger zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt; aber alle Polizisten wurden begnadigt. Auch Leyendecker erhielt 3 Monate Gefängnis und mußte seine Strafe selbstverständlich abbrummen.

Soziales und Parteileben.

In Solingen wurde die Lohnbewegung im Baugewerbe durch den Abschluß eines neuen Tarifvertrages beendet. Vom 18. August an erhalten die Arbeiter statt 50 Pfg. 52 Pfg. Stundenlohn, vom 1. April 1906 ab 54 Pfennig.

Friedensverhandlungen im sächsisch-thüringischen Textilarbeiterstreik stehen nach verschiedenen Meldungen bevor. Hoffentlich sind sie von Erfolg gekrönt.

Der Streik in dem französischen Orte Longwy ist nach eingeleiteten Unterhandlungen beendet.

In der Vorstandssitzung des Knappschaftsvereins zu Bochum wurde mitgeteilt, daß der letzte Bergarbeiterstreik einen Verlust an Beiträgen von 1 700 000 Mk. brachte.

Ortskrankenkassentag. In der Montag-Nachmittagssitzung wurde zunächst konstatiert, daß in der Vorversammlung am 6. August 124 Kassen und 24 Verbände mit einer Delegiertenzahl von 255 vertreten waren. Am 7. August waren 143 Kassen und 24 Verbände mit 294 Delegierten, die 2 557 600 Versicherte vertreten, anwesend. Es ist das die höchste Zahl, die auf einer ordentlichen Jahresversammlung vertreten war. Ueber die deutsche Reichsarzneitaxe referierte Apotheker Skaller-Charlottenburg. Sie wird nach der Berechnung des Referenten die Preise der Apothekenmittel im Durchschnitt auf 12 Proz. erhöhen. Es sei deshalb die geschäftsführende Kasse zu beauftragen, eine Aenderung des § 29 Abs. 2 des Krankenversicherungsgesetzes zu betreiben. Die Versammlung müsse protestieren gegen die Beschränkung des sozialen Ausbaues der Krankenkassen; denn das bedeute das Urteil. Der Kongreß beschloß demgemäß. Nach lebhafter Debatte fand sodann ein Antrag Annahme, die Versicherungspflicht auf die Steinarbeiter auszudehnen; die geschäftsführende Kasse wurde beauftragt, bei Reichstag und Bundesrat in diesem Sinne vorstellig zu werden. — Am zweiten Verhandlungstage wurde die Verhandlung über Punkt 7 der Tagesordnung: Anträge auf Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes, fortgesetzt. Die Freie Vereinigung der Krankenkassen mit freier Arztwahl hat den Antrag gestellt: „Zu § 52a als Absatz 5 anzufügen: Wird eine im Absatz 1 bezeichnete Anordnung nicht getroffen, so haftet, wenn im Zwangsbeitreibungsverfahren die Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers festgestellt ist, an Stelle des mittellosen Unternehmers der Auftraggeber für die Beiträge, und zwar von Beginn der Ausführung des Auftrages. Sind Zwischenunternehmer vorhanden, so haften diese mit dem Auftraggeber." Nach kurzer Begründung durch Roßmus-Berlin, der mitteilt, daß allein im letzten Jahre vier Kassen 26 000 Mk. und die Maurerkasse in 14 Jahren 75 000 Mk. an Beiträgen durch unreelle Arbeitgeber verloren hat, wurde der Antrag einstimmig angenommen. Nach Begründung durch Kohn-Berlin wurde der Antrag der Ortskrankenkasse für Kaufleute, Handelsleute und Apotheker zu Berlin angenommen, den § 3 Ziffer 2 dahin zu ändern, daß das Befreiungsrecht aufgehoben wird. Der Antrag auf Einführung eines einheitlichen Quittungsbuches wird von den Antragstellern zurückgezogen. Fräßdorf erklärt namens der geschäftsführenden Kasse, daß sie sich mit der Frage beschäftigen wird, ob nicht überhaupt auf Quittungsbücher und Krankenscheine verzichtet werden kann. Es wird nunmehr in die Beratung der Anträge der paritätischen Kommission eingetreten. Dazu liegt der von uns bereits mitgeteilte Antrag der Herren Fräßdorf, Hauschild und Pollender sowie eine Vorlage der paritätischen Kommission vor. Gräf-Frankfurt a. M. vertritt die Vorlage der paritätischen Kommission und weist auf die Pflicht der Kassenvorstände hin, ihre Beamten anständig zu behandeln und zu honorieren, vor allen Dingen sei es nötig, feste Anstellungsverträge zu schaffen, um die Beamten der Willkür der Vorstände zu entziehen. Gräf schildert das Wirken der paritätischen Kommission und bedauert das Vorgehen der großen Kassen, die die Münchener Beschlüsse nicht durchgeführt haben. Dabei ist doch durch die gehabten Erfolge bewiesen, daß die Beschlüsse wohl durchzuführen sind. Redner begründet die Anträge auf Einrichtung des Zentralamtes (Vertreter von Vorständen und Beamten zur Entscheidung von Streitigkeiten) und der Bezirksämter und wendet sich gegen die Art des Kampfes in der Presse. Die Beschlüsse der Münchener Tagung müssen nun durchgeführt werden. Wer A sagt, muß auch B sagen. Pollender-Leipzig vertritt den Antrag der Gegner der Vorschläge der paritätischen Kommission. Er betont, daß diese Resolution keineswegs eine Kriegserklärung gegen die Beamten und Angestellten bedeuten solle. sondern die Schaffung einer Grundlage, auf der eine Verständigung möglich ist. Ganz besonders aber mache sich überall bei den Kassenvorständen das Gefühl geltend, daß die Beschlüsse der Münchener Tagung übereilt und nicht aufrecht zu erhalten sind. Bei der Leipziger Ortskrankenkasse würde beispielsweise die Durchführung der Münchener Beschlüsse die persönlichen Verwaltungsausgaben allein um 135 000 Mark gesteigert haben, ähnlich wäre es in Dresden und Chemnitz. Durch eine Revision der Münchner Beschlüsse könne erst eine Grundlage für eine zu erstrebende Tarifgemeinschaft geschaffen werden, eventuell sei eine Urabstimmung herbeizuführen unter den Kassenvorständen. Fischer-Weimar wendet sich gegen die Behauptung Pollenders, die Münchner Delegierten hätten nicht die Tragweite ihrer Beschlüsse begriffen. Wir müssen unsere Beamten um deswillen gut besolden, damit sie nicht in die Versuchung kommen, sich an den Kassengeldern zu vergreifen. Redner stellt den Antrag, eine Revision vorzunehmen, aber bei derselben die Zentralämter zu beteiligen. Fräßdorf-Dresden erklärt im Namen der Dresdner Ortskrankenkasse, daß er selbstverständlich zu einer Regelung der Gehaltsverhältnisse zu haben ist. Aber die Beschlüsse der Münchner Generalversammlung können nur die Grundlage bilden. Es sei neuerdings in den Krankenkassen und auch in der Genossenschaftsbewegung fast so, als ob nicht die Kassen- und Gewerkschaftsbeamten für die Mitglieder da seien, sondern umgekehrt. Die strikte Durchführung der Münchner Beschlüsse würde der Dresdner Kasse 85 000 Mk. kosten. Bergmann-Breslau verwahrt sich dagegen, daß von Fräßdorf hier der Herrenstandpunkt hervorgekehrt wurde. Riem-Dresden weist darauf hin, daß die Beschlüsse der Münchner Tagung von seiten der Beamten vollständig falsch aufgefaßt worden seien. Sie sollten nur die Grundlage sein

Um den Lorbeer der Wissenschaft.

Roman von Friedrich Thieme.

44 Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Hier sollen Sie warten," rief der Führer Wera zu, worauf er, ohne Gruß oder ein weiteres Wort, im nächsten Gang verschwand.

Mehrere Minuten verstrichen.

„Wenn das nur kein Vexierspiel ist," meinte Tante Doris ungeduldig

Weras Herz klopfte stürmisch. Angstvoll irrten ihre Blicke umher.

„Dort kommt er endlich," rief sie froh erleichtert aufatmend.

In der Tat, er kam hinter einer Palmengruppe hervor, näherte sich eilig bis auf etwa zehn Schritte der Gruppe und grüßte höflich. Die Anwesenden erwiderten den Gruß.

„Meine Damen und Herren," begann er mit ruhiger Stimme, jedes einzelne Wort scharf akzentuierend. „Ich setze mich, wie Sie zugeben werden, einer großen Gefahr aus, doch ich baue auf Ihr Ehrenwort. Was ich tun will, ist etwas Gutes, Sie werden mich daran nicht hindern wollen. Für alle Fälle" — er zog einen Revolver aus der Brusttasche — „habe ich mich vorgesehen. Aber fürchten Sie deshalb nichts, die Waffe ist nur für mich ganz allein bestimmt."

Der Regierungsrat trat einen Schritt auf ihn zu.

„Herr Doktor, Sie haben es mit Ehrenmännern zu tun. Wir sind von allem unterrichtet und Fräulein Sekal ist im Besitz unseres Ehrenwortes."

„Mit wem habe ich die Ehre?"

„Regierungsrat von Stetters — Professor Valentin — beide aus Leipzig."

„Danke. Bitte, nehmen Sie auf der Bank Platz und hören Sie mir zu."

Alle vier setzen sich, worauf Möllenscheidt sich sorgfältig überzeugte, daß niemand in der Nähe war und ihnen dann bis auf etwa drei Fuß Entfernung nahetrat. Hier blieb er stehen, kreuzte die Hände auf der Brust und gab mit leiser, aber fester, unerschütterter Stimme ein ausführliches Bekenntnis seiner Tat. Schweigend lauschten alle seiner Rede. Als er zu Ende war, fragte er ruhig, ob er völlig verstanden worden sei?

„Vollständig."

„Dann bleibt mir nur noch übrig, meine schriftliche Erklärung in der jungen Dame Hände zu legen. Hier ist sie — wollen Sie die Güte haben, sie vorzulesen, Herr Regierungsrat?"

Dieser nahm bereitwillig das Papier aus seinen Händen entgegen und verlas in demselben halblauten Tone, wie sich Möllenscheidt seiner bedient, die Wiederholung des Bekenntnisses.

„Ist alles so in Ordnung?" fragte der Doktor.

„Alles — das Dokument ist von Ihnen unterzeichnet und untersiegelt."

„So bitte ich die hier Anwesenden, Ihre Namen darunter zu setzen, nachdem Sie, Herr Regierungsrat, beglaubigt haben, daß das Schriftstück von mir eigentlich geschrieben und anerkannt und sein Inhalt mündlich bestätigt worden ist. Ich habe Feder und Tinte mit zur Stelle gebracht."

Alles geschah, wie es der Doktor verlangte.

„Dann bleibt mir nur noch übrig, Sie zu bitten, Fräulein Sekal, sobald Sie Herrn Doktor Hohl sprechen, demselben mein tiefstes Bedauern darüber auszudrücken, daß ich die Ursache seines Unglücks geworden bin. Sie sehen, ich biete alles auf, ihm sein Recht zu verschaffen und achte der eigenen Gefahr dabei nicht. Leben Sie wohl, meine Herrschaften."

Bevor Wera eine Silbe zu erwidern vermochte, war Dr. Möllenscheidt verschwunden.

18.

In seinem Bureau stand Staatsanwalt Gründler, den Rücken dem Fenster zugekehrt, vor ihm ein Detektiv, mit dem er im eifrigen Gespräch begriffen war.

„Sie haben ihn also nicht aufgefunden?"

„Nein, er ist vor mehreren Tagen abgereist."

„Und ist es richtig, daß er am Tage des Attentats in Leipzig gewesen ist?"

„Das habe ich nicht in Erfahrung bringen können. Dr. Möllenscheidt ist ein stadtbekannter Sonderling, der ganz einsam lebt und den oft wochenlang niemand zu Gesicht bekommt. Nicht einmal seine Hausgenossen sehen ihn oft aus- und eingehen."

„Hm — und er ist im Besitz der in dem Schreiben der jungen Dame erwähnten Sammlungen?"

„Jawohl."

„Soweit stimmt es," murmelte der Staatsanwalt nachdenklich. „Indessen — die angebliche Flucht aus dem Eisenbahnzug kann ein Zufall sein — und das mit dem Gesicht — ich kann mir nicht denken, daß Fräulein Sekal dieses wiederzuerkennen vermocht hat."

Der Geheimpolizist zuckte die Achseln.

„Jedenfalls müssen wir die Spur weiter verfolgen," fügte Staatsanwalt Gründler hinzu, „obgleich ich, offen gestanden, mir nicht recht denken kann — was gibt es, Altmann?" rief er dem eben in der Türe erscheinenden Gerichtsboten, sich selbst das Wort abschneidend, entgegen.

„Eine Dame wünscht den Herrn Staatsanwalt in dringlicher Angelegenheit zu sprechen."

Der Staatsanwalt warf einen Blick auf die ihm dargereichte Karte.

„Wera Sekal —"

für die Anstellungsverträge, nur das Ziel, nach dem zu streben sei. Er empfiehlt eine Revision der Münchner Beschlüsse. Gräf-Frankfurt polemisiert gegen Fräßdorf und Pollender und stellt sich in bezug auf die Auslegung der Beschlüsse der Münchner Tagung auf denselben Standpunkt wie der Vorredner, daß die Beschlüsse die Grundlage bilden sollen.

Es sprechen noch Sydow-Berlin der die Angelegenheit vertagt wissen will, Rundt-Hamburg der will, daß Vertreter des Bureaubeamten-Verbandes gehört werden sollen. Pollender-Leipzig kommentiert seine Ausführungen betreffend die übereilten Beschlüsse in München. Er empfiehlt nochmals eine Revision der Beschlüsse und ersucht, die Organisationen dazu heranzuziehen. Giebel (Vorsitzender des Ortskrankenkassen-Verbandes) meint, die Debatte bewege sich um Mißverständnisse und Ausflüsse persönlicher Gereiztheit. Auch er erklärt, daß nicht ohne weiteres und plötzlich die Münchener Beschlüsse durchgeführt werden sollen. Aber Entgegenkommen verlange man. Kohn-Berlin protestiert, daß man einen Gegensatz konstruiert zwischen den Beamten und Vorstandsmitgliedern in den Kassen. Wenn Pollender über den guten Ton gesprochen habe, so solle er sich nur einen Artikel einer ihm sehr nahestehenden Zeitung ansehen. P. gehöre in dieser Beziehung auch auf das Armsünderbänkchen. — In einer persönlichen Bemerkung bestreitet Pollender, sich über den schlechten Ton beschwert zu haben. Das ist Gräf gewesen. — Auf Beschluß wird der paritätischen Kommission eine Zeit gewährt, um sich über die Behandlung der vorliegenden Resolutionen schlüssig zu werden. — Nach kurzer Beratung beantragt Gräf als Vorsitzender der paritätischen Kommission folgende Resolution: „Die Jahresversammlung erklärt sich im Prinzip für die tarifliche Vereinbarung nach der diesjährigen Vorlage der paritätischen Kommission. Die Institutionen werden gebildet, wenn durch die paritätische Kommission in Gemeinschaft mit der geschäftsführenden Kasse der nächstjährigen Jahresversammlung das Resultat der Nachprüfung der Münchner Beschlüsse vorgelegt und durch diese angenommen ist.“ Die Resolution wird einstimmig akzeptiert. — Als Ort der nächsten Jahresversammlung wird Düsseldorf gewählt. — Damit waren die Verhandlungen der Jahresversammlung beendet.

Wieder eine Versammlung verboten hat der durch mehrere derartige Polizeistückchen bekannte Bürgermeister und Landtagsabgeordnete Fritzsche in Berga a. d. E. (Sachsen-Weimar). Die Begründung des Verbotes wirkt äußerst belustigend. Es sollte in Berga über die Aussperrung in der Textilindustrie ein Situationsbericht gegeben werden. Nach des Bürgermeisters unerforschlichem Ratschlusse war dies überflüssig, denn er schrieb: „Nach dem Dafürhalten des Unterzeichneten liegt gegenwärtig keine Veranlassung vor, über die Aussperrung der Weber zu sprechen, da eine Aussperrung zurzeit noch nicht erfolgt ist.“ Während in Berga der Bürgermeister die Versammlungsfreiheit so malträtierte, konnte in Weida unbeanstandet das gefährliche Thema besprochen werden.

Produktionsanarchie. In keinem Bezirk der deutschen Industrie ist die Produktionsanarchie so kraß wie im sächsisch-thüringischen Textilgewerbe. Seit Anfang der neunziger Jahre hätte z. B. im Gera-Greizer Bezirk etwas geschehen müssen, um den sicher drohenden Ausfall auf dem Markte der Vereinigten Staaten ersetzen zu können. Aber es ist in dieser Beziehung keine gemeinsame Aktion, wie sie z. B. von französischen Textilindustriellen bekannt ist, vorgenommen worden. Vielmehr versuchte man durch fortwährendes Herabdrücken der Preise das amerikanische Geschäft immer wieder zu beleben, sogar noch nach dem Inkrafttreten des Dingleytarifs. Die Schwankungen im Export von Wollwaren, die aus dem Gera-Greizer Bezirk nach den Vereinigten Staaten gesandt wurden, gehen aus nachstehender Uebersicht hervor, die die Ziffern der direkten Ausfuhr von Wollwaren angeben. Es betrug der Wert des Exports in Mark:

1890	6 045 642	1897	3 890 339
1891	4 929 695	1898	3 746 500
1892	6 178 398	1899	2 384 000
1893	3 722 814	1900	2 082 596
1894	3 408 694	1901	3 351 349
1895	7 325 293	1902	3 524 086
1896	5 436 215		

Obwohl der Wert der Ausfuhr im ganzen sehr stark gefallen ist, so gilt das sicherlich nicht von der Quantität der ausgeführten Ware. Sie dürfte in weit geringerem Grade zurückgegangen sein. Bekannt sind ja die Vorkommnisse aus den letzten Jahren, wo von den amerikanischen Zollbehörden deutsche Textilwaren wegen zu niedriger Angabe des Wertes beanstandet wurden. Man hat der sächsischen Textilindustrie das verderbliche ihrer Exportpolitik vorausgesagt. Aber immer wieder wurden die Arbeiter mit ihren durchweg bescheidenen und leicht erfüllbaren Forderungen abgewiesen.

Der Sozialismus in Japan fängt an, die Oeffentlichkeit in um so höherem Grade zu beschäftigen, als die Verfolgungswut der Behörden gegen die japanischen Sozialisten zunimmt. Sind unsere Genossen drüben zurzeit also verdammt, sich ruhiger zu verhalten als es ihnen lieb ist, so dürfen doch wenigstens die japanischen Aristokraten und sonstige Sozialistenfeinde sich vernehmen lassen, und das genügt zum Glück einstweilen, um das Thema „Sozialismus“ nicht verschwinden zu lassen. — Kürzlich sprach Marquis Ito über „Sozialismus“ — selbstverständlich in sozialistenfeindlichem Sinne. Auch Baron Kiyoura, der Minister des Handels und Ackerbaues, behandelte in einer Rede, die er vor zirka zwei Monaten hielt, den „Sozialismus“. Desgleichen Dr. Kuwada, Mitglied des Oberhauses, der vor seinen hohen Standesgenossen über das erwähnte aktuelle Thema referierte. So sieht sich denn sogar der „Nippon“, das reaktionärste Organ Japans, gezwungen, einzugestehen, daß der Einfluß des Sozialismus in Japan nicht mehr mit Stillschweigen übergangen werden kann! Es sind das sehr erfreuliche Anzeichen für die Zukunft.

Preßprozeß. Die Strafkammer in Bochum verurteilte den Genossen Agnes als verantwortlichen Redakteur des „Volksblattes“ wegen öffentlicher Beleidigung der staatlichen Untersuchungs-Kommission und der Direktion der Gewerkschaft Hiberna zu 200 Mk. Geldstrafe. Der Angeklagte hatte behauptet, daß Bergleute wegen ihrer Aussage von der Untersuchungs-Kommission entlassen worden seien.

In die Redaktion des Dortmunder Parteiblattes tritt zum 1. Oktober an Stelle des Genossen Hänisch, der zu diesem Zeitpunkt in die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ eintritt, Genosse Stücklen Altenburg.

Für die Opfer des russischen Befreiungskampfes gingen beim Parteikassierer bisher über 40 000 Mark ein.

Aus Nah und Fern.

Ländlich sittlich. Es wird erzählt, daß bei dem kürzlich in Hannover abgehaltenen Evangelisch-sozialen Kongreß ein sozial gesinnter Landprediger aus dem Westen der Provinz Hannover den Versammlungssaal verlassen habe mit dem Bemerken, ein Landpastor könne von alledem nichts gebrauchen, er sähe sich lieber das Museum an. Wie wenig berechtigt diese Ansicht ist und wieviel es in sozialer Hinsicht auch auf dem Lande zu tun gibt, ersieht man aus einer Schilderung, die F. Grussendorf in dem Gemeindeblatt für Hannover, der „Kirchl. Gegenwart“, von den Zuständen auf dem Lande entwirft. Wir haben, schreibt er, Häuslingshäuser, das heißt Tagelöhnerwohnungen der besitzenden Bauern, in die man nicht seine Schweine und Kühe einsperren möchte. Da findet sich weder in Stuben noch Kammern irgend etwas von einem Fußboden. Der Boden ist festgestampfter Lehm, oft mit zahlreichen Löchern. Die Grundbalken des Fachwerks liegen auf dem Erdboden auf oder auf einer Schicht kleiner Feldsteine, sodaß der Zug über den Boden beständig hinstreicht. Wo überhaupt Fußböden sind, da haben in den meisten Fällen die Mietsleute dies auf eigene Kosten machen lassen müssen. Das Schlimmste sind die Schlafräume. Sehr häufig sind es Butzen oder Alkoven, die keine andere Oeffnung haben als nach der dunstigen Stube, und in ihnen schläft die ganze oder der größte Teil der Familie. Ist noch eine Kammer vorhanden, so ist diese meist ebenso kläglich, fast ohne jedes Fenster und von lächerlich geringen Dimensionen. Ein vom Verfasser kürzlich ausgemessenes Schlafzimmer hatte die Höhe von 1,88 Metern und eine Länge und Breite von 2,10 Metern. Daneben war, nur durch dünnste, löcherige Lehmwand getrennt, der Kuhstall. In einem Alkoven, der wenige Fuß hoch war, befand sich die Lagerstätte von drei halb und ganz erwachsenen Brüdern. Der eine hatte blühende Schwindsucht. Als er tot war, nahm man die Leiche einfach heraus, und die Brüder schliefen weiter auf demselben Stroh. Die Fenster der Stuben sind nicht selten überhaupt nicht zu öffnen. Der Schmutz ist oft unbeschreiblich. Ueber die Exkremente kleiner Kinder sowie über den Auswurf Schwindsüchtiger wirft man einfach Streusand, bis nach längerer Zeit einmal ausgekehrt wird. Kein Wunder, daß Schwindsucht und rheumatische Erkrankungen eine allgemeine Plage der Gegend sind. — Der Landpastor, für den es auf dem Evangelisch-sozialen Kongresse angeblich nichts zu lernen gab, würde sich ein Verdienst erwerben, wenn er den reichen Bauern tapfer zu Leibe ginge und forderte, daß sie menschenwürdige Wohnungen für ihre Leute schaffen, und wenn er ferner die Häuslinge und Arbeiter aufklärte und antriebe, daß sie sich solche Zustände nicht geduldig gefallen lassen.

Gesunder Schlaf. Einen eigenartigen Weg nahm ein Blitz, der letzte Woche, wie der „Merk.“ berichtet, das Anwesen des Posthalters Eberle in Illertissen traf. Er fuhr zuerst in das Stallgebäude ein und tötete die erste, dritte und fünfte Kuh, ließ die zweite und vierte aber unversehrt. Darauf nahm er seinen Weg aufwärts und gelangte bis zur Knechtkammer. An dieser zerstörte er das Fenster und warf das Fensterkreuz und einen schweren Stein in die Kammer. Die Knechte blieben unverletzt; sie schliefen sogar so fest, daß sie nicht einmal aufwachten. Posthalter Eberle, der sofort nachsah, mußte sie wecken.

Die unter Vergiftungserscheinungen in der Druckerei Röder zu Leipzig erkrankten Personen sind jetzt sämtlich als geheilt zu betrachten. Die Feststellungen haben ergeben, daß die Krankheitsursache in dem Genuß von Kartoffelsalat lag, der 18 Stunden vorher ohne Essig und Oel angerichtet war. Beim Schälen der Kartoffeln haben sich von den Händen Keime übertragen, die sich in dem warmen Aufbewahrungsraum reichlich entwickelten. Eine Schicht Essig würde dies verhindert haben. Die Hausmeistersfrau Bergmann, gegen die ein Verfahren wegen fahrlässiger Körperverletzung eingeführt war, ist außer Verfolgung gesetzt worden.

Zwei Kinder ertrunken. In der Nähe der Villa Hügel ertranken, wie eine Essener Meldung besagt, beim Baden in der Ruhr zwei Knaben, Söhne eines Essener Lehrers.

Ein zärtlicher Gatte. Eine überaus niederträchtige Handlung hat in Dortmund der Schreiner Rudolf Brinkmann begangen. Als er eines Abends im Juni mit seiner Frau Streit bekam, weil das Essen zu spät fertig geworden war, beschloß er, sich an seiner Frau zu rächen. In den übrig gebliebenen Salat schabte er Phosphor von Streichhölzern, brachte den Salat zur Polizei und gab an, seine Frau habe ihn vergiften wollen. Diese wurde daraufhin sofort verhaftet. Ihre Unschuld aber stellte sich bald heraus, die Strafkammer hat darauf den Ehemann wegen wissentlich falscher Anschuldigung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Vom Blitze erschlagen. Auf der Landstraße zwischen Radun und Podwihof bei Troppau (Oesterreich-Schlesien) sind am Montag zwei Soldaten vom Blitze getötet, ein dritter schwer verletzt worden.

Kleptomanie im britischen Unterhause. Das Verschwinden von Seife, Bürsten und Hüten wurde seit einiger Zeit im Unterhause mit Verwunderung bemerkt. Vor zwei oder drei Wochen wurde der erste Fall wahrgenommen. Aus der Rocktasche eines Gesetzgebers guckten sechs Stück Seife ganz deutlich hervor. Diese Seife gehörte dem Unterhause. Seitdem hat dieses Diebstahlsgelüste zugenommen. Ein Parlamentsmitglied eignete sich — natürlich in momentaner Geistesabwesenheit — ein paar Haarbürsten an; ein anderer Gesetzgeber annektierte, selbstverständlich wieder in Geistesabwesenheit, ein Scheckbuch, das einem anderen gehörte. Während der letzten Woche litten besonders Hüte, von denen eine Anzahl in geheimnisvoller Weise verschwanden. Einige Parlamentsmitglieder versehen sich nun mit Mützen, die die Stelle von Hüten einnehmen sollen, falls letztere andere Eigentümer gefunden haben. Sie laufen dann nicht Gefahr, barhäuptig nach Hause gehen zu müssen.

Schweres Bauunglück. In Albany (Vereinigte Staaten) stürzte infolge mangelhafter Stützung während Baureparaturen das neu errichtete Warenhaus von Meyer ein. Von 300 Angestellten entkamen 175 rechtzeitig. Auch der größte Teil der übrigen wurde relativ leicht verletzt aus den Trümmern hervorgeholt. Dreißig Personen wurden getötet. Eine weitere Meldung besagt: Ein Gebäude, zum Warenhaus Meyer gehörend, stürzte als Vorbereitungen getroffen wurden, das Gebäude zu heben, um den Neubau zu erleichtern, ein. 6 Leichen und viele Verletzte wurden aus den Trümmern hervorgeholt. 3 Leichen sind zu sehen, können aber noch nicht geborgen werden; 20 Personen, meist angestelltes weibliches Personal, werden vermißt.

„Ach, wie gerufen,“ rief der Staatsanwalt sichtlich erfreut. „Lassen Sie die Dame hereinkommen — wir sprechen dann weiter, Gehre.“

Der Detektiv verließ das Bureau durch eine Seitentür, indes Wera, das Antlitz von Aufregung und Eile in holdem Rot erglühend, in ihrem Reisekleid hereintrat.

„Bitte, nehmen Sie Platz, Fräulein Sekal.“

Gründler schob der Besucherin liebenswürdig einen Stuhl hin.

„Danke.“

Wera setzte sich. „Ich komme eben erst vom Bahnhofe, Herr Staatsanwalt,“ nahm sie fast atemlos das Wort. „Aber ich wollte keine Zeit vergehen lassen, Ihnen — dies — zu überreichen.“

Mit zitternder Hand riß sie das Dokument des Doktor Möllenscheidt aus ihrer Handtasche, der Staatsanwalt nahm es verwundert entgegen.

„Was ist das, gnädiges Fräulein?“

„Lesen Sie — ich werde Ihnen dann — alles weitere mitteilen.“

Gründler überflog hastig das Papier, dann las er es ein zweites Mal langsamer und sorgfältiger. Aufmerksam ruhten seine Augen auf den Unterschriften und deren Beglaubigung durch den Gemeindevorstand von Nizza.

„Woher haben Sie das?“ fragte er erstaunt.

„Aus den Händen des Dr. Möllenscheidt — ich hielt es für besser, sofort zurückzukehren, um das Dokument sicher in die rechten Hände zu überliefern.“

„Sie kommen eben von Nizza zurück?

„Ja. Mein erstes Schreiben haben Sie doch erhalten?“

„Gewiß, und bereits alle erforderlichen Recherchen eingeleitet. Aber wie gelangten Sie in den Besitz dieses Bekenntnisses?“

In fliegenden Sätzen erstattete Wera über ihre Zusammenkunft mit Möllenscheid und dessen Anerbieten Bericht. Die Stirn des Staatsanwalts zog sich finster zusammen: Das Eingeständnis, durchaus im Irrtum gewesen zu sein, ist kein leichtes, und doch blieb ihm angesichts so überzeugender Beweise kein Zweifel mehr übrig.

In verbindlicher Weise sprach er der jungen Dame seinen Dank aus. „Sie haben uns die Arbeit abgenommen, gnädiges Fräulein,“ äußerte er höflich. „Der Justiz erübrigt nur noch, wieder gut zu machen, was sie gefehlt und auf den wahrhaft Schuldigen zu fahnden. Wenn Sie wünschen, lasse ich Herrn Doktor Hohl auf der Stelle rufen — Sie mögen ihm seine Freiheit verkündigen.“

„Nein, nein,“ stammelte Wera erblassend — Furcht und Bellommenheit erfüllten ihr Herz, und doch hatte sie sich unendlich gerade nach diesem Augenblick gesehnt und sich nicht abhalten lassen, sofort die Rückreise anzutreten, um dieser einzigen frohen seligen Stunde willen! Was lag ihr auch an Tante Doris, an Nizza? Reinharts Verhängnis war die qualvolle Sorge ihres Innern — ihr, ihr hatte das Schicksal die Genugtuung seiner Erlösung bereitet, und nun sollte sie ihren Triumph nicht genießen? Tante Doris sah wohl ein, wie alles stand. „Sie müssen natürlich nun reisen, Kindchen, auch Ihre Eltern werden in Anbetracht der merkwürdigen Verhältnisse nichts dagegen haben. Gehen Sie nur, ich nehme mir ein Gesellschaftsfräulein, das hier leicht zu finden ist.“

Nun war sie da und stand vor der Erfüllung ihrer Hoffnung — und sagte doch nein? Staatsanwalt Gründler mochte in ihrem Innern lesen, denn er ließ ihr Zeit, sich zu fassen.

„Sie wünschen also, daß ich ihn rufen lasse? fragte er nach einer Weile lächelnd.

Weras Brust hob sich in schweren Wellen.

Endlich hatte sie einen festen Entschluß gefaßt.

„Besser, ich sehe ihn jetzt nicht,“ erklärte sie mit vibrierender Stimme. „Sie kennen das unselige Hindernis, das sich zwischen ihm und meinem Bruder erhoben hat — ich weiß nicht, ob ich einen solchen Schritt meiner Familie gegenüber vertreten könnte.“

„Aber ich darf ihm erzählen, wem er seine Rettung verdankt?“

„Er wird es — ohnehin erfahren,“ lispelte sie die Augen senkend.

Im Uebermaß seelischer Bewegung ging sie hinaus. Strauchelnden Fußes lief sie die Treppe hinab, barg sich in der geschlossenen Droschke wie in einem rettenden Asyl. Weit lehnte sie, damit niemand sie von außen gewahren könne, ihr Haupt in die Polster zurück, und Träne auf Träne perlte glitzernd herab und wetteiferte im Glanz mit den schimmernden Perlenmutterknöpfen ihres dunkelblauen Reisekleides.

Vorüber das Glück — nun nahm das Unglück wieder seinen Anfang! Er war gerettet, gerettet — aber die Wand zwischen ihr und ihm stand noch dunkel und drohend; wo war die mächtige Hand, welche sie niederzureißen vermochte?

„Niemals, niemals nein,“ stöhnte sie schmerzlich, dann zog es wieder wie Sonnenschein über ihre Züge, einen einzigen glücklichen Augenblick. „Was wird er sagen, wenn er erfährt daß er mir seine Freiheit verdankt? O Gott, jetzt ist er frei, frei, frei!“

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Johs. Stelling. — Verleger: [illegible] — Druck von [illegible] & Co. — Sämmtlich in Lübeck